



149. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 5. November 2021

Mitteilungen des Präsidenten	3	3 Mehr Engagement für bezahlbaren Wohnraum – Stumpfe Schwerter Mieterschutzverordnung und Wohnraumstärkungsgesetz schärfen	
1 Aufhebung der Maskenpflicht bei steigender Inzidenz – verfrüht, riskant und gefährlich!	3	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15464	
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15489	3	Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15497	26
Jochen Ott (SPD).....	3	Andreas Becker (SPD).....	26
Claudia Schlottmann (CDU)	4	Fabian Schruppf (CDU)	27
Sigrid Beer (GRÜNE)	6	Stephen Paul (FDP).....	28
Franziska Müller-Rech (FDP).....	8	Arndt Klocke (GRÜNE).....	29
Helmut Seifen (AfD).....	10	Sven Werner Tritschler (AfD).....	30
Ministerin Yvonne Gebauer.....	11	Ministerin Ina Scharrenbach.....	31
Petra Vogt (CDU).....	13	Ergebnis.....	33
Jochen Ott (SPD).....	14		
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	16	4 Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China	33
Henning Höne (FDP)	17	Große Anfrage 38 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/13825	
Helmut Seifen (AfD).....	18	Antwort der Landesregierung Drucksache 17/15313 – Neudruck	33
2 Erinnerungsorte des DDR-Unrechts als originäre Bestandteile unserer Erinnerungskultur: Das Betonsegment der Berliner Mauer am Landtag als Mahnmal aufwerten.		Matthi Bolte-Richter (GRÜNE).....	33
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15457	20	Petra Vogt (CDU).....	34
Dr. Günther Bergmann (CDU).....	20	Dietmar Bell (SPD).....	35
Angela Freimuth (FDP).....	21	Daniela Beihl (FDP)	36
Andreas Bialas (SPD).....	22	Helmut Seifen (AfD)	37
Josefine Paul (GRÜNE).....	23	Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.....	38
Helmut Seifen (AfD).....	24		
Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.....	25		
Ergebnis	26		

5 Digitaler Kinder- und Jugendmedienschutz mit Maß und Mitte – Kein Filterzwang auf Betriebssystemebene

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15451	40
Sven Werner Tritschler (AfD)	40
Andrea Stullich (CDU)	41
Dr. Nadja Büteföhr (SPD)	41
Marcel Hafke (FDP)	42
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)	43
Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.....	44
Ergebnis	45

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Hendrik Wüst
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner
Minister Karl-Josef Laumann
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Minister Dr. Joachim Stamp

Charlotte Quik (CDU)

Martin Börschel (SPD)
Anja Butschkau (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Hannelore Kraft (SPD)
Thomas Kutschaty (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Sven Wolf (SPD)

Dietmar Brockes (FDP)
Marc Lürbke (FDP)
Thomas Nüchel (FDP)
Christof Rasche (FDP)

Berivan Aymaz (GRÜNE)
Andreas Becker (GRÜNE)
Stefan Engstfeld (GRÜNE)
Johannes Remmel (GRÜNE)
Verena Schäffer (GRÜNE)

Dr. Christian Blex (AfD)
Andreas Keith (AfD)
Iris Walger-Demolsky (AfD)
Frank Neppe (Fraktionslos)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident André Kuper: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 149. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt, wie immer, den Gästen auf der Besuchertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **23 Abgeordnete entschuldigt**. Die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

(Unruhe)

Bevor ich Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, bitte ich Sie um Aufmerksamkeit.

(Glocke)

Damit rufe ich auf:

1 Aufhebung der Maskenpflicht bei steigender Inzidenz – verfrüht, riskant und gefährlich!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15489

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 2. November gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit Zitaten unseres Ministerpräsidenten Hendrik Wüst einsteigen. Er hat diese Woche in den Medien erklärt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Wir haben jetzt eine Situation, in der die Infektionszahlen deutlich ansteigen. [...] Das Virus wird nicht abwarten, bis in Berlin alles ordentlich sortiert ist. [...] Die Aufgabe, die wir gerade haben, ist [...] am besten zu beschreiben mit [...] ‚konzentrierter Wachsamkeit‘. [...] Es kann ja nicht sein, dass wir nach all den Monaten der Erfahrung wieder die Fehler machen vom Anfang der Pandemie, wo Menschen einsam gestorben sind. [...] Ich glaube, nach dem guten Sommer hat der eine oder andere, auch getriggert durch die Diskussionen in Berlin, geglaubt, die Pandemie sei vorbei. Wir haben nicht das Ziel erreicht, Herdenimmunität durch Impfungen herzustellen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich ist alles klar. Eigentlich stellt sich die Frage: Warum zum Teufel müssen wir jetzt in einer Aktuellen Stunde über Maskenpflicht diskutieren?

(Bodo Löttgen [CDU]: Müssen wir gar nicht!)

Die Rückmeldungen aus den Schulen sind eindeutig: Die meisten Kinder tragen die Masken freiwillig weiter.

(Zuruf von der AfD)

Wir können also hier eines festhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Kinder in Nordrhein-Westfalen übernehmen mehr Verantwortung als die gesamte Landesregierung.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Stephan Keller, hat das gestern eindrucksvoll deutlich gemacht. Die SPD-Fraktion sagt ganz klar: Da hat Stephan Keller recht. Safety first, Sicherheit zuerst, ist eigentlich das Gebot der Stunde. Wir haben einen der Höchststände. Die vierte Welle läuft. Deshalb stellt sich doch die Frage: Warum jetzt dieses Risiko eingehen?

Bayern muss die Reißleine ziehen. Bayern geht den Weg „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln“. Das Problem an der Sache ist, was wir schon vor ein paar Wochen gesagt haben, dass es für die Kinder die schwierigste Situation ist, zuerst die Maske auszuziehen und dann 14 Tage später wieder anzulegen. Das ist der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Auch nach den Äußerungen von Drost von heute und gestern kann ich nur sagen: Vor einem solchen Weg werden Sie auch stehen, wenn die Entwicklung so weitergeht.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Warum? Warum verunsichern Sie die Menschen in unserem Land? Um deutlich zu machen, wie es mir dabei geht,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

will ich sagen: Auch ich möchte, dass die Masken wegkommen. Auch ich möchte, dass wir auch in den Schulen wieder zusammen lachen können. Auch ich möchte, dass Mimik und Gestik wieder sichtbar werden.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Aber jetzt diese Entscheidung zu treffen und wegen einiger Wochen dem Virus die Möglichkeit zu geben, sich wieder zu verbreiten, ist ein schwerer Fehler.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir wissen, dass diese Entscheidung die Menschen spaltet. Den Schulen jetzt die Möglichkeit zur freiwilligen Entscheidung zu geben, bedeutet, dass die Diskussionen wieder vor Ort stattfinden, und zwar für alle Beteiligten – mit den Eltern auf der einen Seite und anderen auf der anderen Seite. Sind die Diskussionen in den Klassenzimmern mit den Lehrkräften wirklich nötig? Wir sind der Meinung: Verantwortung für unser Land sieht anders aus.

(Beifall von der SPD)

Da die Zahlen steigen und da wir befürchten müssen, dass dann auch die Quarantänezahlen steigen, sage ich hier ganz klar: Maske ist besser als Quarantäne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich persönlich halte es für richtig, dass auch Kinder unter zwölf Jahren geimpft werden können. Ich respektiere die Entscheidung der STIKO, sage aber:

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich wünsche mir, dass sie diese Entscheidungen etwas beschleunigt trifft. Vivien Leue vom Deutschlandfunk hat einen vorbildlichen journalistischen Beitrag geleistet, wenn ich das hier mal unverschämterweise sagen darf, in dem alle Argumente pro und contra gegenübergestellt worden und in dem alle zu Wort gekommen sind. Wer das liest oder hört, kann sich eine eigene Meinung bilden.

Ich sage für mich, aber auch für die SPD-Fraktion: Bei der Abwägung sind wir der Meinung, dass Impfen auch bei Kindern der richtige Weg ist. Wenn Eltern das nicht möchten, ist das auch völlig in Ordnung, weil die Eltern die Entscheidung treffen können, bei der es sich eben um eine schwierige Entscheidung handelt. Diejenigen, die wollen, müssen aber auch dürfen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Daran hindert sie doch keiner! Die, die wollen, dürfen!)

Deshalb möchte ich hier sehr deutlich machen, dass die Risiken für Kinder auch bei leichtem Verlauf nicht von der Hand zu weisen sind, weshalb auch hier Vorsicht und Safety first entscheidend sind.

(Beifall von der SPD)

Daher will ich hier auch ein klares Bekenntnis abgeben und all die Lehrerinnen und Lehrer und Schulleitungen ansprechen, die im Moment von Drohmails betroffen sind.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

In meiner Heimatstadt sind die Kollegien des Albertus-Magnus-Gymnasiums und des Dreikönigsgymnasiums von Impfgegnern bedroht worden, sie würden die Gesundheit von Kindern gefährden.

An dieser Stelle sage ich ganz klar: Die Lehrkräfte an unseren Schulen, die über ihre Schulkonferenzen verabredet Impfmobile in die Schulen einladen, machen das, was dieses Parlament

(Christian Loose [AfD]: Psychologischer Impfwang!)

und die Politik immer gesagt haben. Diese Lehrerinnen und Lehrer zu bedrohen, ist das Allerletzte. Wir stehen solidarisch an ihrer Seite.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Von Anfang dieser Pandemie an haben wir davor gewarnt, dass man nicht in Szenarien denkt

(Lachen von der CDU)

und unverantwortlich vorgeht. Die Art und Weise, wie diese Landesregierung auch jetzt, in dieser Phase, schon vor den Herbstferien angefangen hat, die Aufhebung der Maskenpflicht anzukündigen, die sie letzte Woche noch einmal verkündet hat, bringt Sie selbst in eine Lage, dass Sie in einer solchen pandemischen Situation nicht mehr reagieren können. Das ist schlecht für Sie, aber vor allem schlecht für unser Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die CDU spricht die Abgeordnete Frau Schlottmann.

Claudia Schlottmann¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ott, ich frage mich immer: Warum sprechen Sie nur mit Menschen, die Probleme haben? Ich verstehe das überhaupt nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD – Unruhe – Glocke)

Ich habe in dieser Woche das große Glück gehabt, dass ich in einer i-Dötzchen-Klasse in der Stunde kiebitten durfte, als die Lehrerin vorne stand und ihnen sagte, dass sie zum ersten Mal, seitdem sie in der Schule sind

(Unruhe von der SPD)

– ich kann auch lauter, meine Herren! –,

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

ihren Sitznachbarn rechts und links sehen konnten. Es war ein unglaublicher Jubel in der Klasse. Die Kinder haben gestrahlt. Ich finde, gerade die SPD wirft uns doch die ganze Zeit vor, dass wir den Kindern die Normalität und ihnen die Möglichkeit zum Leben nehmen. Die Kinder haben jetzt die Möglichkeit zum Leben.

(Beifall von der CDU, der FDP und Herbert Strotebeck [AfD])

Wenn man aber permanent versucht, aus einer Pandemie politischen Gewinn zu ziehen, und nicht versucht, irgendwelche Lösungen zu finden, braucht man sich auch nicht zu wundern, dass man sich permanent im Kreis dreht. Zum Donnerwetter!

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann versuchen Sie doch mal, Lösungen zu finden!)

Ich bin ausgesprochen stolz auf unsere Schüler und Schülerinnen. In der Rheinischen Post steht heute, dass Schüler und Schülerinnen selbstbestimmt entscheiden, ob sie Masken tragen oder nicht. Das sind genau die zukünftigen Erwachsenen, die wir für dieses Land brauchen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die hat Jochen Ott angesprochen!)

die selbstbestimmt entscheiden können: Ich trage eine Maske, oder ich trage sie nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind die starken Kinder, und aus starken Kindern werden starke Erwachsene, und das ist mir persönlich ganz wichtig.

(Zuruf von der SPD)

Ich denke – darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig –, dass die Gruppe der Kinder und Jugendlichen am stärksten unter diesen Umständen zu leiden hatte. Kinder konnten ihre Freunde nicht treffen, der Unterricht fand auf Distanz statt. Gerade die ständige Maskenpflicht, und darüber diskutieren wir seit Monaten, hat die Kinder sehr stark belastet.

Auch das muss man ganz ehrlich sagen: Mit großem Verantwortungsbewusstsein sind die Kinder in den letzten Wochen und Monaten dieser Maskenpflicht nachgekommen. Gerade die Disziplin der Grundschüler ist hier gar nicht hoch genug einzuschätzen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Schülern und Schülerinnen danken.

(Beifall von der CDU und der FDP und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Danken möchte ich aber auch den Lehrerinnen und Lehrern, denen es gelungen ist, den Kindern sehr deutlich zu machen, warum sie eine Maske tragen, und es ohne großen Aufwand geschafft haben, dass die Kinder die Masken tragen, ohne großen Bohei, ohne große Diskussion. Die Kinder trugen die Masken, das Thema war erledigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Doch was bedeutet die Maskenpflicht eigentlich? – Wir alle hier miteinander wissen, dass die Maskenpflicht ein Eingriff in das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz darstellt. Ja, dieser Eingriff war verhältnismäßig und angemessen; denn er diente dem Gesundheitsschutz

der anderen. Doch es ist nicht unsere Aufgabe, die Rückgabe von Grundrechten zu rechtfertigen, sondern ständig zu überprüfen, ob der Eingriff weiterhin verhältnismäßig ist

(Beifall von der CDU und der FDP)

oder ob wir ihn anpassen und gegebenenfalls zurücknehmen müssen. Das heißt: Dient er weiterhin dem verfolgten Zweck? – Ja, natürlich. Ist er weiterhin das mildeste Mittel? – Auch das könnte man bejahen. Aber ist die Maskenpflicht am Platz auch noch angemessen?

Meine Damen und Herren, wir testen unsere Kinder weiterhin zwei Mal die Woche. Wir haben keinen übermäßigen Anstieg des Infektionsgeschehens in unseren Schulen.

(Marlies Stotz [SPD]: Was? Bitte?)

Wir haben eine Impfquote bei unseren Lehrerinnen und Lehrern, die sogar noch weiter steigt,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wie hoch ist bei Grundschülern die Impfquote? – Weitere Zurufe von der SPD)

sie liegt bei 90 %, und bei unseren Schülerinnen und Schülern, die über 12 Jahre alt sind, liegt diese bei fast 50 %. Hier, Herr Ott, bin ich völlig bei Ihnen: Auch ich würde mir wünschen, dass wir die Kinder ab 5 Jahren impfen können. Das ist gar keine Frage. Auch das würde eine weitere Sicherheit in die Schulen bringen.

Wir schaffen die Maske ja nicht völlig ab, wie Sie hier behaupten. Nein, wir geben unseren Kindern allein die Freiheit zurück, sich selbst zu entscheiden,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

ob sie die Masken in Klassen- oder Kursräumen oder am festen Sitzplatz abnehmen möchten. Befinden sich die Schülerinnen und Schüler nicht an ihrem festen Platz, suchen sie ihn auf oder verlassen ihn, dann besteht selbstverständlich weiterhin die Pflicht zum Tragen einer Maske.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnert Sie diese Vorgehensweise an etwas? – Ja, wir handhaben es hier ganz genauso. Wir haben hier im Plenarsaal unsere festen Plätze und dürfen die Maske am Platz, natürlich nur, wenn wir es möchten, abnehmen, und wenn wir aufstehen, ziehen wir sie wieder an. Warum sollten wir hier mit zweierlei Maß messen?

(Zuruf von der SPD: Wir sind durchgeimpft!)

Ja, wir haben im Gegensatz zu den Allerjüngsten die Möglichkeit, uns impfen zu lassen, aber unsere Schülerinnen und Schüler werden dafür zweimal die Woche getestet.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eines der besten, sichersten und vor allem engmaschigsten Testsysteme der Bundesrepublik und wahrscheinlich darüber hinaus. Von 1.000 Schülern ist nicht mehr als einer positiv. Ich erlaube mir an dieser Stelle die Wertung: Unsere Schulen sind nicht die Treiber des Infektionsgeschehens, im Gegenteil.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie leisten in unserer Gesellschaft einen hohen Dienst, indem sie die Infektionsketten direkt unterbrechen. Gerade vor diesem Hintergrund möchte ich Sie doch daran erinnern, dass wir Erwachsene fast alle Freiheiten wiedererlangt haben: Wir können ins Kino, in Diskotheken oder auf Märkte gehen. Wir können unsere Geburtstage im Privaten feiern oder uns mit Freunden gemeinsam im Restaurant treffen.

Von dieser Normalität dürfen wir unsere Kinder nicht fernhalten. Gerade für die jüngeren Schülerinnen und Schüler hat die Maskenpflicht während des Unterrichts eine enorme Belastung dargestellt. Wir alle hier wissen doch, wie wichtig Mimik und das Interagieren mit Gestik ist. Das gehört aus meiner Sicht zur Schule absolut dazu. Auch unsere Lehrkräfte erkennen doch an den Gesichtern der Kinder, wie es dem Kind geht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Hat es unter Umständen Probleme, dem Stoff zu folgen? Ist es gerade in einer schwierigen Phase? Das kann ich doch mit einer Maske gar nicht mehr so erkennen. Auch das ist in meinen Augen ein ganz wichtiger Punkt zum Kindeswohl. Hinter einer Maske kann man sich verstecken, aber das sollte nicht länger dauern als unbedingt notwendig.

Nun ja, meine Damen und Herren, ich denke, es ist angemessen, dass wir die Regeln rund um die Maskenpflicht anpassen und unseren Kindern zumindest am Platz ein kleines Stück Freiheit geben.

Ich sage Ihnen aber auch, dass wir immer und immer wieder das Geschehen im Blick behalten und die Regelungen anpassen müssen. Die Frage der Verhältnismäßigkeit ist keine starre. Sie wird immer wieder von neuen Einflüssen abhängig sein. Und das ist auch gut so.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Niemand kann genau sagen, wie sich diese Pandemie noch entwickeln wird. Wir gehen jetzt einmal vom Positiven aus, wir wissen es aber nicht. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam kleine Schritte in die Normalität zurückgehen. Ich denke, damit sind wir in den letzten Wochen und Monaten gut gefahren. Unsere Kinder werden es uns und Ihnen danken. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Schlottmann. – Für die Grünen spricht die Abgeordnete Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Kollegin Schlottmann, Freiheit ist immer verbunden mit Verantwortung und nicht mit dem Abschieben von Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Freiheit ist verbunden mit der Verantwortung gegenüber den Schwächeren. Es darf nicht das Prinzip sein, was Sie hier gerade vorgestellt haben, dass auf Kosten derjenigen, die sich nicht schützen können, Freiheit propagiert wird. Das darf nicht sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das ist die Verletzung der Solidarität gegenüber den Schwächeren. Ja, es stimmt, Masken sind lästig, und es tut gut, wenn sie abgesetzt werden können. Aber ich bitte doch alle Beteiligten um Verständnis in der Frage, ob es jetzt schon wirklich verantwortbar ist, auf die Maskenpflicht im Unterricht zu verzichten. Bei Abwägung aller Punkte und aller Umstände können wir diese Frage verantwortlich nicht mit einem Ja beantworten.

Wer Präsenzunterricht will – und das wollen wir –, darf die Schutzstandards nicht herunterfahren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie machen doch genau das Gegenteil von dem, was jetzt notwendig ist. Es ist doch richtig, wenn das RKI davon spricht, dass wir eine besorgniserregende Situation und Entwicklung haben.

(Bodo Löttgen [CDU]: In Bayern!)

Die Landesregierung ist gerade jetzt einen gegenteiligen Weg gegangen, anstatt vorausschauend zu handeln. Das ist doch ein Hin und Her, ein Hü und Hott, was sich entwickeln wird und was wir jetzt schon in Bayern sehen.

Das ist Ergebnis ist eindeutig. Ich darf auf die eigenen Zahlen des Schulministeriums verweisen. In der Woche vor den Herbstferien waren 11.940 Schüler*innen in der Quarantäne, in der Woche nach den Herbstferien waren es 21.025. Diese Zahlen werden steigen; das ist doch jetzt schon abzusehen.

Wir wissen aus vielen Studienergebnissen, dass von der Quarantäne gerade Kinder und Jugendliche in benachteiligten Lebenslagen betroffen werden.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Exakt!)

Gerade diejenigen, die den Präsenzunterricht dringend brauchen, setzen Sie der Gefahr aus, wieder in Quarantäne zu kommen. Das ist unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist Verschärfung von Bildungsungerechtigkeit. Es geht mit einem Ministerpräsidenten Wüst halt genauso weiter, wie es mit dem Ministerpräsidenten Laschet aufgehört hat.

Die Kommunen werden mit ihren Kriseneinschätzungen vor Ort nicht ernst genommen. Wir haben das mit Solingen erlebt, als es um den Wechselunterricht ging und dies der Kommune untersagt wurde, obwohl das Land das Instrument später nutzen musste. Jetzt geht Krefeld den Weg mit der Maskenpflicht, und dann wird der Kommune eine solche Möglichkeit rüde untersagt.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir erleben jetzt kommunal das Ansteigen von Inzidenzwerten in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Ich will einmal auf die heutige Statistik des Landesgesundheitszentrums verweisen. Wir haben in Leverkusen bei den Fünf- bis Neunjährigen einen Inzidenzwert von 545.

(Zuruf: Leverkusen liegt in Bayern! – Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD] – Weitere Zurufe)

Im Kreis Minden-Lübbecke muss einen Inzidenzwert von 529 für die Gruppe der Zehn- bis 14-Jährigen konstatiert werden. Bei den Fünf- bis Neunjährigen sind es sogar 585. In Dortmund steigen die Werte. In Wuppertal steigen die Werte. Gucken Sie sich doch die Zahlen an! Schulen sind Drehscheiben für Infektionen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Schulen sind leider nicht mit Gaststätten, Kinos und den dort geltenden Regelungen zu vergleichen, denn Schule ist aus gutem Grund keine freiwillige Veranstaltung.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Deshalb können Kinder und Jugendliche und ihre Eltern sich nicht aussuchen, ob sie am Unterricht teilnehmen wollen oder nicht.

(Zurufe)

Weil uns Präsenz und Schulpflicht viel wert sind, muss wenigstens für einen ausreichenden Infektionsschutz gesorgt werden; und es muss dafür gesorgt werden, dass Kinder die Chance haben, uninfiziert bis zur Möglichkeit einer Impfung zu kommen. Das gilt verstärkt,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

solange es keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt, dass Langzeitschäden bei einer

Infektion mit COVID-19 tatsächlich ausgeschlossen sind. Unser Leitprinzip muss sein: Better be safe than sorry.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Die Zulassung eines Impfstoffs für die Fünf- bis Neunjährigen, denen diese Option derzeit noch verwehrt ist, steht doch in naher Zukunft in Aussicht. Zu riskieren, dass Kinder sich jetzt infizieren, ist wirklich keine gute Idee.

(Christian Loose [AfD]: Was passiert denn bei einer Infektion, Frau Beer?)

– Können die Coronaleugner bitte einmal ruhig sein auf der Seite?!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Im Übrigen sind gerade die Plätze in den Kinderkliniken aufgrund der RS-Virusinfektion knapp. Kinder sollten nicht in Gefahr kommen, sich anzustecken – weder mit RS noch mit Corona.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Neben dem Grundrecht auf Bildung steht auch das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit. Deshalb wäre es dringend notwendig, den noch notwendigen Schutz mit Unterstützung von kreativen Lösungen wirklich auf den Weg zu bringen, damit Unterricht und ein soziales Miteinander erhalten bleiben und nicht die nächste Quarantäne droht.

(Christian Loose [AfD]: Mit Masken, ja!)

Die beste Schulschließungsprophylaxe ist die Infektionsschutzprophylaxe. Deshalb macht es keinen Sinn, jetzt das relativ milde Mittel der Maske im Unterricht aufzugeben.

Natürlich, Frau Kollegin Schlottmann, müssen wir dabei berücksichtigen, was für Implikationen Masken haben. Es ist interessant, sich dazu die Forschungen des Psychologieprofessors Claus-Christian Carbon anzusehen. Er hat glücklicherweise festgestellt, dass die Folgen nicht so negativ sind; als Mimikforscher weist er aber darauf hin, dass natürlich geschaut werden muss, wie man so etwas in Bezug auf die Lese- und Schreibkompetenz hinkommt.

(Zuruf von der AfD)

Dazu sind kreative Lösungen notwendig. Man kann Unterricht in bestimmten Sequenzen draußen machen, man kann mit Plexiglaswänden arbeiten,

(Bodo Löttgen [CDU]: Na klar!)

durch die die Mimik von Lehrkräften für Kinder sichtbar ist.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Aber diese Kreativität, Herr Löttgen, haben Sie nicht gehabt, hat die Ministerin nicht gehabt, hat diese Koalition nicht gehabt, sonst wären wir nämlich schon einen wesentlichen Schritt weiter.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das gilt für die Förderprogramme des Landes in Bezug auf Luftfilter, das gilt für andere Ausstattungen,

(Zurufe von Bodo Löttgen [CDU], Josefine Paul [GRÜNE] und Franziska Müller-Rech [FDP])

das gilt für die Hinweise zu einem kreativen Unterricht. Das geht alles auf die Kosten von Kindern, und das haben Sie zu verantworten.

Das Land muss auch in Bezug auf die Öffnung des Luftfilterprogramms nacharbeiten. Wir müssen schauen, dass wir mit Masken, mit allen Schutzmöglichkeiten Präsenz wirklich aufrechterhalten.

Bereits jetzt muss dafür gesorgt werden, dass Impfkapazitäten vorhanden sind, wenn der Impfstoff für die Fünf- bis Neunjährigen hoffentlich endlich freigegeben wird. Es reicht nicht, das Mantra vom Regelunterricht zu traktieren, Masken abnehmen zu lassen und dann damit Gefahr zu laufen, Infektionen zu begünstigen und Kinder vermehrt in die Quarantäne zu schicken. Dieser Verantwortung müssen Sie sich stellen.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP] – Weitere Zurufe)

Das wäre verantwortliche Schulpolitik. Was wir im Augenblick erleben, ist das falsche Freiheitsverständnis – wie auch leider gerade von der Kollegin Schlottmann dargestellt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die FDP spricht die Abgeordnete Frau Müller-Rech.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Menschen haben auch ein Recht auf Schutz! – Zuruf von Marcel Hafke [FDP] – Weitere Zurufe)

Franziska Müller-Rech (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe mich auch schon über die Beantragung dieser Aktuellen Stunde gewundert – das zumindest teile ich heute mit Jochen Ott –, insbesondere beim Blick in andere Bundesländer.

Es ist schon perfide, weil es mehrere Bundesländer mit SPD-Bildungsministerinnen und -ministern sind,

die schon vor Wochen die Maskenpflicht am Platz abgeschafft haben:

(Beifall von der FDP und der CDU)

Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen und das Saarland haben das schon gemacht.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Ich möchte hier zu Beginn Ihre Genossin Sandra Scheeres zitieren, Berliner Bildungssenatorin. Sie hat zur Abschaffung der Maskenpflicht Folgendes gesagt:

(Zuruf von der FDP: Hören Sie einmal zu!)

„Ich finde, dass das jetzt wirklich auch an der Zeit ist. Das hat mir nämlich immer das Herz zerrissen. Weil ich wusste, wie wichtig es für die Kleinen ist, dass sie die Mimik sehen können der Lehrer und der Mitschüler. Es gibt Kinder, die jetzt seit anderthalb Jahren Maske getragen und Schule nie anders erlebt haben.“

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihre Genossin Sandra Scheeres hat recht, und Sie schaffen es tatsächlich, mit diesem Antrag auf eine Aktuelle Stunde ihre eigene Parteifreundin in die Pfanne zu hauen. Das muss man erst mal schaffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte Ihnen anhand von drei Punkten darlegen, warum die Abschaffung der Maskenpflicht am Platz richtig ist.

Erstens brauchen wir jetzt dringend mehr Normalität für unsere Schülerinnen und Schüler. Wir haben vor der Impfung ganz besonders den Schutz der Risikogruppen in den Mittelpunkt gestellt. Da haben wir auch die Kinder und Jugendlichen in die Pflicht genommen und teilweise wirklich viel zu viel Druck auf sie ausgeübt.

Sätze wie „Wir können Oma und Opa nicht besuchen; wenn wir sie mit dem Virus anstecken, sterben sie“ sind in NRW-Familien gefallen. Es war ein großer Fehler in dieser Pandemie, wenn nicht sogar der größte, dass wir Kindern das Gefühl gegeben haben, sie seien für schwere Verläufe bei ihren Liebsten verantwortlich.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir Erwachsenen haben jetzt schon so viel von unserem alten Leben zurück: volle Stadien ohne Maske, Feiern in Discos und Klubs ohne Maske, Karnevalsveranstaltungen ohne Maske – und, meine Damen und Herren, 199 Abgeordnete in einem Saal am Platz ohne Maske.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Und Sie gönnen es den Schülerinnen und Schülern nicht, die Maske abzulegen!

(Frank Müller [SPD]: Das muss noch mal wiederholt werden!)

Wie herzlos kann man eigentlich sein?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kinder und Jugendliche haben das gleiche Recht verdient wie wir Erwachsenen. Ich wiederhole: Auch unseren Schülerinnen und Schülern steht es zu, dass sie jetzt mehr Normalität zurückbekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweitens. Kinder sind keine Pandemietreiber. Sie nehmen am Infektionsgeschehen teil; ja, das stimmt. Aber sie sind keine Pandemietreiber. Die Schulen sind die sichersten Orte im ganzen Land. Sie waren und sind keine Hotspots. 0,5 % der Schülerinnen und Schüler waren in Quarantäne. Und der wichtigste Teil der Strategie ist die Testung. Zweimal bzw. dreimal die Woche testen wir an den Schulen. Da sind wir Vorreiter gewesen und waren das erste Bundesland mit den Lolli-Tests. Wir durchbrechen effektiv die Infektionsketten.

Über einen Satz in dem Antrag, den die SPD hier eingebracht hat, habe ich mich sehr geärgert:

„Die Abschaffung der Maskenpflicht im Unterricht in Thüringen hat dazu geführt, dass Thüringen mittlerweile die Spitze der bundesdeutschen Neuinfektionszahlen anführt.“

Meine Damen und Herren, das Erste ist: In Thüringen gibt es ein Linksbündnis. Insofern hauen Sie wieder die eigenen Kollegen in die Pfanne. Darüber müssen wir aber nicht sprechen.

Das Zweite ist viel schlimmer. Sie führen hier tatsächlich Neuinfektionszahlen allein auf die Abschaffung der Maskenpflicht zurück. Sie verschweigen aber den wichtigsten Punkt, der in Thüringen passiert ist. Dort hat man nämlich mit dem Tag, an dem die Maskenpflicht abgeschafft worden ist, auch die Tests in den Schulen eingestampft. Das war der massive Fehler in Thüringen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie lassen das hier komplett weg. Sie lassen das bei diesem Antrag weg, nur um einen billigen Stich gegen unsere Schulministerin zu machen. Sie sollten sich schämen! Das ist wirklich eine bodenlose Frechheit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Wenn man nicht mehr testet und die Infektionsketten nicht durchbricht, ist es doch kein Wunder, dass in Thüringen dann so etwas passiert.

Aber wir testen hier weiter.

(Zuruf von der SPD: Geht doch gar nicht!)

Wir haben noch mindestens bis zum 31. Dezember 2021 die Tests in den Schulen.

Gleichzeitig – das haben wir ja auch gehört – steigen die Impfquoten in unseren Schulen. Von den Lehrerinnen und Lehrern sind über 90 % doppelt geimpft. Von den Schülerinnen und Schülern Ü12 ist fast die Hälfte vollständig geimpft. Die Zahlen steigen jeden Tag. Ich möchte mich an dieser Stelle auch dafür bedanken, dass sie dort so verantwortungsvoll vorgehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich wiederhole: Kinder sind keine Pandemietreiber. Wir alle müssen hier endlich aufhören, den Kindern die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, dass die Infektionszahlen steigen. Das muss heute ein Ende haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Drittens. Kinder erkranken nicht schwer. Ja, die Impfung U12 fehlt noch. Ich hoffe, dass sie wirklich sehr zügig kommt. Aber das Risiko für Kinder und Jugendliche U15, schwer an Corona zu erkranken, geht gegen null. Die Hospitalisierungsrate im wöchentlichen Lagebericht des Robert Koch-Instituts zeigt das. Es ist eine parallele Linie zur Nulllinie auf einem konstant niedrigen Niveau seit Beginn der Pandemie. Auf Seite 11 können Sie sich das gern selbst anschauen. Es gibt kaum schwere Verläufe bei Kindern und Jugendlichen.

Meine Damen und Herren, das ist eine gute Nachricht. Darüber sollten wir uns freuen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich will damit Long COVID nicht kleinreden; gar keine Frage. Wir müssen die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Blick nehmen. Diese sind aber nicht nur durch die Erkrankung COVID-19, sondern auch durch die Abwehrmaßnahmen entstanden.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Soziale Isolationen und Lockdowns haben zu mehr Antriebslosigkeit, Depressionen, Angstzuständen, Schlafstörungen, Schuldgefühlen, Suchterkrankungen – auch das haben wir gestern gelesen – und Lern- und Konzentrationsproblemen geführt.

(Christian Loose [AfD]: Richtiger AfD-Sprech!)

Wir wissen auch – um zum letzten Punkt noch mal zurückzukommen –: Lern- und Konzentrations-schwierigkeiten gehen nach anderthalb Jahren un-
unterbrochen mit Maske im Unterricht auch zum Teil
auf die Maske zurück.

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte
NRW warnt zudem, dass durch das lange Tragen
von Masken die Immunsysteme der Kinder mittler-
weile so untrainiert sind, dass manche Viren, die
ihnen vorher nichts anhaben konnten, ihnen jetzt
wirklich schaden. Wir schieben eine Bugwelle an In-
fektionskrankheiten vor uns her.

(Christian Loose [AfD]: Die FDP hat die ganze
Zeit mitgemacht!)

Meine Damen und Herren, das Gute ist aber – das
möchte ich noch mal wiederholen –: COVID-19 ist für
Kinder nicht so schwerwiegend gefährlich wie für Ri-
sikogruppen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nennen Sie mal
die Grundlage!)

Kinder gehören nicht zu den vulnerablen Gruppen.
Kinder erkranken nicht schwer an COVID. Und die
Maßnahmen müssen stets verhältnismäßig sein.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Rainer
Schmeltzer [SPD])

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:
Mehr Normalität für unsere Schülerinnen und Schü-
ler! Kinder und Jugendliche sind keine Pandemietrei-
ber.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Falsch!)

Kinder erkranken nicht schwer.

Das sind drei Gründe dafür, warum die Aufhebung
der Maskenpflicht richtig ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin
Müller-Rech. – Für die AfD spricht nun der Abgeord-
nete Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat
für heute eine Aktuelle Stunde beantragt, um mit ih-
rem Antrag der Öffentlichkeit schonungslos und
hemmungslos vorzuführen, dass sie eine Partei der
Widernunft ist, die sich bedingungslos ihrer Ideo-
logie unterwirft und dabei wie selbstverständlich die
Wirklichkeit außer Acht lässt.

Das wäre aber nicht so schlimm, wenn sie sich nur
selbst von der Wirklichkeit ins Wolkenkuckucksheim
verabschiedete. Aber damit geben Sie sich ja nicht
zufrieden. Sie möchten das gesamte Gemeinwesen
in dieses Wolkenkuckucksheim hineinzwingen.

Da wenden Sie alle Machtmittel an, die Ihnen in ei-
nem demokratischen Gemeinwesen zur Verfügung
stehen, um die Menschen in Ihr ideologisches Ge-
fängnis einzusperren. Zu diesem Machtmittel gehört
die manipulative Rede, die Frau Beer hier gerade ex-
zellente – exzellente! – dargestellt hat.

(Beifall von der AfD – Rainer Schmeltzer
[SPD]: Damit kennen Sie sich ja aus!)

Damit setzen Sie eine Tradition fort, die wir aus sozi-
alistischen Gesellschaftsordnungen kennen: die Un-
terwerfung des Menschen unter die gerade vorherr-
schende Ideologie mit aller Macht und allen zur je-
weiligen Zeit üblichen Machtmitteln.

Der heutige Sozialismus geht sehr subtil vor, um die
Menschen unter seine Knute zu zwingen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Heute geht es nicht mehr um die Beseitigung der
Klassengesellschaft. Heute werden als hoch morali-
sche Ziele die Verpflichtung Deutschlands zur bedin-
gungslosen Aufnahme von Menschen aus aller Her-
ren Länder postuliert, die bedingungslose Unterwer-
fung Deutschlands unter nicht gewählte EU-
Bürokraten, die Deindustrialisierung Deutschlands
wegen des Wahns, das Weltklima durch Deutsch-
land retten zu wollen, und natürlich die Unterwerfung
jedes einzelnen Menschen unter die willkürlichen
Grundrechtseinschränkungen aus angeblich medizi-
nischen Gründen.

Wir können an diesen aktuell brisanten Sachverhal-
ten erkennen: Es geht Sozialisten nicht um das Wohl
des Menschen. Es geht Sozialisten immer – immer! –
nur um die Durchsetzung der eigenen Ideologie, und
wenn es sein muss – und das ist leider häufig so –,
auch auf Kosten der Menschen.

(Beifall von der AfD – Marlies Stotz [SPD]:
Mein Gott, das hält man ja nicht aus!)

Sozialisten handeln streng nach dem Prinzip „Der
Zweck heiligt die Mittel“. Dieses grundsätzliche Prin-
zip sozialistischen Handelns manifestiert sich in den
unterschiedlichsten Politikfeldern in Vergangenheit
und Gegenwart. Aber es ist als sozialistisches Han-
deln in allen Politikfeldern zu erkennen, auch wenn
es in der heutigen Zeit subtil daherkommt und die
brachiale Gewalt früherer Regime geschickt zu ver-
schleiern sucht.

Aber die Kältherzigkeit gegenüber auch wehrlosen
Menschen zeigt sich hier in diesem Antrag. Denn
auch dieser Antrag ist in das geistige Grundgerüst
sozialistischer Zwangsherrschaft einzuordnen. Sie
wollen also die Kinder wieder hinter die Maske zwin-
gen – sechs bis acht Stunden lang, fünf Tage die Wo-
che, seit gut einem Jahr. Diesem Zwang wollen Sie
Kinder aussetzen, die ja durch einen negativen Test
nachweisen konnten, dass sie keine Coronaviren in
sich tragen, die andere infizieren und erkranken

lassen können. Negativ getesteten Menschen eine Maske aufzuzwingen, ist wider die Vernunft.

(Beifall von der AfD)

Das kann man niemandem erklären. Die Ministerin ist ja auch über ein Jahr lang jede Erklärung in diesem Zusammenhang schuldig geblieben. Unvernünftiges Handeln lässt eben keine Erklärung zu, weil die Unvernunft keinen Zugang zur Vernunft hat, die nur unbestechlich logisch begründbare Handlungen und Aussagen nachvollziehen kann.

Wenn man dann noch beobachtet, dass im Land viele Menschen in Restaurants, Fußballstadien, Schwimmbädern und anderen Sportstätten, auf der Arbeitsstelle und in den Büros, im Bundestag, hier im Landtag und bei Tagungen, praktisch überall im öffentlichen Leben, ohne Masken anzutreffen sind, dann wird eigentlich jedem einigermaßen vernunftbegabten Menschen klar, dass diese Zwangsmaßnahmen gegen die Schüler auf keinen Fall einen medizinischen Zweck haben.

Die Unsinnigkeit dieses Maskenzwangs wird noch deutlicher, wenn man die Anfälligkeit der jungen Leute für eine Ansteckung mit dem Coronavirus betrachtet. Diese ist nämlich gleichsam null. Die Zahlen, die das Ministerium in den zurückliegenden Sitzungen dem Ausschuss für Schule und Bildung über positiv getestete Schüler und Lehrer an einem besonderen Stichtag vorgelegt hat, belegen doch die Unbedenklichkeit schulischer Gemeinschaft für die Verbreitung des Coronavirus.

Am Stichtag 27. Oktober in der 43. Kalenderwoche dieses Jahres waren von 1.922.521 getesteten Schülern 1.149 positiv getestet. Das sind 0,06 %. Wie viele davon erkrankt waren, erfahren wir natürlich nicht – schon ein ganzes Jahr lang nicht. Unverantwortlich, sage ich da nur.

(Beifall von der AfD)

Ähnliche Größenordnungen zeigen die Ergebnisse der anderen Stichtage.

Wenn also nachgewiesenermaßen keine medizinischen Gründe für den Maskenzwang vorliegen: Warum legen Sie so viel Wert darauf, die Schüler, anders als andere Bevölkerungsgruppen, weiterhin hinter die Masken zu verbannen? Ich will Ihnen das sagen. Sie brauchen die Zwangsmaßnahmen gegen die Schüler, um die Wirksamkeit Ihrer Pandemieerzählungen durch äußerliche Symbole zu untermauern und den schlichten Menschen zu vermitteln.

Begleitet durch manipulative Fernsehberichte über Krankenhausbelegungen, durch Statements von Gefälligkeitswissenschaftlern über eine angeblich neue Welle sowie durch manipulative Testungen und dementsprechende Zahlen, die nichts, aber auch gar nichts wert sind, werden die Zwangsmaßnahmen gegen die Schüler begründet.

Und umgekehrt sind die Zwangsmaßnahmen gegen die Schüler das Instrument der Einschüchterung dieser jungen Leute.

(Christian Dahm [SPD]: Fehlt noch die Lügenpresse!)

Diese sind bereits so konditioniert – Herr Ott und Frau Beer haben das hier rühmend hervorgehoben: ja, sie tragen jetzt sogar freiwillig Maske –, dass in einigen Schulen wieder Abstimmungen stattfinden, die Maske doch zu tragen und die Freiwilligkeit auszusetzen.

Fahren Sie mal auf die andere Seite des Rheins! Da gibt es wieder ein Gymnasium, Frau Gebauer, in dem die Schüler abgestimmt haben und jetzt die anderen Schüler zwingen werden, wieder Maske zu tragen. Frau Gebauer, Sie haben einfach Ihren Laden nicht im Griff. Ich kann Ihnen die Schule nennen. Ich möchte das nur hier nicht öffentlich tun.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Nennen Sie sie mir!)

Die Schulleiter tanzen Ihnen auf dem Kopf herum. Schreiten Sie endlich ein, um die Schüler zu schützen, die von den anderen schamlos unter Druck gesetzt werden, weil sie offenbar den manipulativen Reden von Rot-Grün folgen.

Sie sehen ja an diesem Antrag, dass die Kräfte der Zerstörung weiter ihr Unwesen treiben. Sozialisten brauchen heute keine Gefängnisse mehr. Sie sorgen dafür, dass jeder Mensch sein Gefängnis im Kopf mit sich herumträgt.

(Beifall von der AfD)

Viele Menschen tragen dieses Gefängnis der Angst bereits mit sich herum. Ich muss zu meinem Schrecken feststellen: Das ist leider auch in meinem Bekanntenkreis so. Man kann die Leute nicht mehr mit Vernunft erreichen. Das ist schrecklich und fürchterlich.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Aber es ist das, was Sie mit Ihrer Manipulation erreicht haben.

Damit das so bleibt, wie Sie es wollen, zwingen Sie die Schüler weiterhin hinter die Maske. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Seifen. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesundheitsschutz

für das Personal an unseren Schulen ist dieser Landesregierung, ist mir sehr wichtig. Oberste Priorität hat dieser Gesundheitsschutz selbstverständlich auch für unsere Schülerinnen und Schüler.

Unsere Schulen haben hierzu einen besonders großen Beitrag geleistet. Heute sind unsere Schulen ein stabil funktionierender Faktor, wenn es um die Bekämpfung und Eindämmung dieser Pandemie geht. Durch unsere Sicherheitsmaßnahmen leisten die Schulen in Nordrhein-Westfalen vielleicht sogar den wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Beitrag zur Bekämpfung dieser Pandemie.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unsere Schulen – das dürfen wir nach wie vor sagen – sind sichere Orte. Auch dank der Maßnahmen zum Infektionsschutz in den Schulen ist diese Pandemie keine Pandemie mit schweren Erkrankungen unserer Kinder und Jugendlichen.

Es ist eine Pandemie der Erwachsenen, insbesondere der älteren Generation, und der Vorerkrankten, und – das gehört nach zwei Jahren auch zur Wahrheit – es ist eine Pandemie der ungeimpften Erwachsenen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unsere Schülerinnen und Schüler waren es, die von Beginn an am meisten haben zurückstecken müssen. Unsere Schülerinnen und Schüler haben darauf verzichtet, ihre Freundinnen und Freunde zu treffen, zum Sport zu gehen oder die Großeltern zu besuchen. Unsere Kinder in den 2. Schulklassen kennen ein Schulleben außerhalb der Pandemie nicht. Vielen ist ein Unterricht von Angesicht zu Angesicht bis heute fremd.

Ich möchte heute erneut für diese, für alle unsere Kinder das Wort ergreifen. Alle diese Kinder und Jugendlichen haben einen großartigen Beitrag, einen solidarischen Beitrag für unsere gesamte Gesellschaft geleistet. Dafür gilt ihnen allen unser herzlicher Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gesundheitsschutz wird also an den Schulen in Nordrhein-Westfalen großgeschrieben. Aber ebenso wichtig war und ist es für uns, die Chancen für eine Rückkehr zu mehr schulischer Normalität immer dann zu nutzen, wenn es verantwortungsvoll und angemessen ist. Das sind wir unseren Schülerinnen und Schülern, aber auch unseren Lehrkräften schuldig.

Denn es gibt auch in der Pandemie immer zwei Seiten einer Medaille, die man in den Blick nehmen muss. Dazu gehört auch eine besondere Gewichtung der entwicklungspsychologischen und pädagogischen Bedeutung eines normalisierten Schulbetriebs.

Unsere Entscheidung, die Maskenpflicht an Schulen auf festen Sitzplätzen aufzuheben, ist verantwortungsvoll und angemessen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ja, diese Entscheidung ist auch mutig. Sie erfordert Entschlossenheit und sicherlich auch einen klaren Kompass. Ganz sicher ist aber: Wir haben diese Entscheidung nach einer wohlüberlegten Gesamtabwägung getroffen.

Denn diese Mühe, meine Damen und Herren der SPD, muss man sich schon machen. Wer wie die SPD glaubt, die Pandemie nach fast zwei Jahren in erster Linie durch Maskentragen in den Schulen bekämpfen zu können, der irrt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit unseren Sicherheitsmaßnahmen und modernen Testverfahren sind wir längst weiter.

Frau Beer, was ist das für eine Aussage: „Schulen sind Drehscheiben für Infektionen“? Ich bin entsetzt.

(Bodo Löttgen [CDU]: Genau! – Franziska Müller-Rech [FDP]: Unglaublich! Unwissenschaftlich!)

Schulen wirken durch unsere Maßnahmen, durch den Infektions- und Hygieneschutz doch eher als Bremsscheiben. Das ist doch die Wahrheit. Das müssen wir auch unserer Gesellschaft vermitteln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kein anderes Bundesland testet anlasslos so intensiv und professionell mit modernsten Testmethoden wie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch deswegen ist das Infektionsgeschehen an unseren Schulen weiterhin stabil.

Ja, die SPD ist schnell bei der Sache, wenn es darum geht, den Präsenzunterricht einzuschränken – siehe zum Beispiel Solingen. Während in der Gesellschaft vielerorts die Maskenpflicht abgeschafft wird, müssen die Schülerinnen und Schüler aus Sicht der SPD im Unterricht weiterhin Maske tragen – koste es, was es wolle. Pädagogische und psychologische Einschränkungen spielen hier wohl keine Rolle.

Und als es in der Pandemie für unsere Schülerinnen und Schüler um einen erfolgreichen und anerkannten Abschluss ihrer Bildungslaufbahn ging, plädierte die SPD anders als in allen anderen Bundesländern für Durchschnittsabschlüsse, die nicht vollwertig gewesen wären.

Sie machen es sich zu leicht. Sie wägen nicht bis zum Ende ab. Sie machen sich nicht die Mühe und unternehmen nicht den Versuch,

(Beifall von der CDU und der FDP)

im Interesse der Kinder und Jugendlichen Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit zu versöhnen.

Der Wegfall der Maskenpflicht ist eine richtige Entscheidung in einer Zeit, die mit dem Beginn der Pandemie nicht mehr zu vergleichen ist. Grundlage für diese Entscheidung war und ist die erfreulich hohe Impfquote von deutlich über 90 % bei unseren Lehrkräften. Das haben wir hier in Nordrhein-Westfalen auch deshalb erreicht, weil wir uns alle gemeinsam für eine Impfpriorisierung unserer Lehrkräfte eingesetzt haben.

Genauso möchte ich mich dafür einsetzen, dass unsere Lehrkräfte jetzt auch schnell die dritte, die sogenannte Boosterimpfung erhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Grundlage für die Entscheidung ist auch gewesen, dass sogar schon 50 % der 12- bis 17-Jährigen geimpft sind.

Und noch eines: Eine Abfrage bei allen nordrhein-westfälischen Universitätskliniken vom gestrigen Tag hat ergeben, dass sich dort kein – kein! – einziges Kind im Alter von 5 bis 18 Jahren wegen COVID-19 in stationärer intensivmedizinischer Behandlung befindet. Auch das gehört dazu.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Gute Nachricht! – Zuruf von der SPD)

Bezüglich der Kinderärzte ist genau das richtig, was Kollegin Müller-Rech gesagt hat. Ja, die Kinderarztpraxen laufen voll. Aber weswegen? Weil die Kinder keinen Immunschutz aufbauen konnten, auch bedingt durch die Maske. Das ist der wahre Grund, warum Kinderkliniken und Kinderärzte momentan so viel zu tun haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Entscheidung der Landesregierung wurde und wird begleitet durch das bereits bewährte und weiter modifizierte Sicherheitskonzept an unseren Schulen, die Testungen.

Ich darf Ihnen sagen: Das Infektionsgeschehen an unseren Schulen ist weiterhin stabil und unter Kontrolle. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU hat nun die Abgeordnete Frau Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Seifen, ich wende mich zu Beginn meiner Rede einmal, was ich normalerweise nicht tue, direkt an Sie. Aber es war bemerkenswert: Heute kam die erste positive Botschaft der AfD in diesem Hause herüber, indem Sie erklärt

haben, dass Sie selbst in Ihrem eigenen Bekanntenkreis mit Ihren völlig kruden Ideen niemanden mehr erreichen, Herr Seifen. Das ist wahrhaft eine gute Botschaft am heutigen Tage.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Herzlichen Dank dafür! Das gibt Hoffnung, dass wir die Pandemie gemeinsam in unserer Gesellschaft bewältigen können.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

– Da unterscheiden sich die Dinge. Fragen Sie doch einmal Ihre Bekannten. Dann bekommen Sie bessere Argumente.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, die heutige Debatte hat eines sehr klar gezeigt: Die Maskenpflicht eignet sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Sie eignet sich schon überhaupt nicht für billige Geländegewinne der Opposition, sehr geehrte Damen und Herren von SPD und Grünen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Die Kollegin Müller-Rech hat dies aufgezeigt. Sie machen sich seit Beginn der Pandemie lächerlich, weil Sie in jedem Bundesland, je nachdem, ob Sie an der Regierung beteiligt sind oder nicht, pausenlos irgendetwas anderes fordern.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Genau so ist es!)

Wenn Sie irgendwann einmal mit den Kollegen in den anderen Bundesländern sprechen, tauschen Sie doch einmal Sachargumente aus und nicht nur billige Polemik gegen die gerade Regierenden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Eines ist auch klar – deswegen war es auch im Grunde genommen überflüssig, am heutigen Morgen eine solche Aktuelle Stunde zu beantragen –: Ja, es gibt gute Gründe für das Tragen einer Maske im Unterricht.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein!)

Aber es gibt genauso gute Gründe dafür, sie nicht zu tragen. Diese Argumente kann man sachlich austauschen. Man muss aber keinen solchen Auftritt hinlegen, wie ihn heute vor allen Dingen die Kollegin Beer hier abgeliefert hat.

(Zuruf von der SPD)

Ich gebe ganz offen zu: Ich hätte mir mehr Respekt für die jeweiligen Meinungen gewünscht. Fragen Sie doch einmal in den jeweiligen Schulen oder in den Familien nach.

(Frank Müller [SPD]: Haben wir gemacht!)

Manche Leute haben große Sorge und sagen: Für mich ist es wichtiger, eine Maske zu tragen.

(Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: Genau!)

Andere sagen aufgrund der hier schon gehörten Argumente über die entsprechenden Schäden, die durch das Tragen einer Maske gerade bei Kindern provoziert werden: Wir machen es nicht.

Trauen Sie doch den Menschen in unserem Land Eigenverantwortung zu.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir reden von Kindern!)

Lassen Sie sie selbst entscheiden. Sie entscheiden vernünftig. Sie machen sich Gedanken und wägen ab. Sie brauchen keinen Oberlehrer, der sie von oben herab über alles belehrt, sie verpflichtet und ihnen die Möglichkeit des eigenständigen Handelns abspricht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sind heute an einem anderen Punkt der Pandemie. Wir haben flächendeckende Tests, die es vor einem Jahr noch gar nicht gab. Wir haben ein Großteil der Bevölkerung geimpft; vor einem Jahr hatten wir das noch nicht. Sie können doch die Situation, in der wir heute sind, nicht mit der Situation vor einem Jahr vergleichen.

Wir haben uns weiterentwickelt. Die Ministerin hat gerade ganz klar aufgezeigt, dass die Schulen keine Treiber der Pandemie sind. Warum um alles in der Welt sitzen wir hier fröhlich und lässig ohne Maske,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Weil wir geimpft sind!)

sagen aber, dass die Welt untergeht, wenn unsere Schülerinnen und Schüler sich auch trauen, an ihrem Platz im Klassenraum die Maske abzulegen?

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU] und Franziska Müller-Rech [FDP] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir sind alle geimpft! – Frank Müller [SPD]: Außerdem haben wir hier eine Lüftung!)

Das ist nicht verhältnismäßig.

Ich glaube, dass der Rückblick auch noch einmal deutlich zeigen wird, welchen wirklich teilweise selbstlosen Beitrag unsere künftige Generation in den letzten Wochen und Monaten geleistet hat, um für die ältere Generation diese Gefahren abzuwehren und diese Pandemie einzudämmen.

Wer von Ihnen sich noch daran erinnern kann, wie es war, als man jung war, weiß: Das Alter zwischen 14 und 16 ist doch anders als das Alter zwischen 35 und 37 Jahren. Zwischen 14 und 16 machen Sie Erfahrungen, die Sie später auch gar nicht mehr nachholen können. In dieser Zeit immer zu Hause sein zu müssen, sich nicht mit den Freunden treffen zu können und nicht in den Sportverein gehen zu können, ist etwas ganz anderes.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Daher sage ich Ihnen am heutigen Tage: Danken Sie den jungen Menschen für das, was sie geleistet haben, und versuchen Sie nicht, sie immer noch weiter zu zwingen, zu gängeln und zu beeinträchtigen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Ott noch einmal das Wort.

Jochen Ott^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einen Satz zu Ihnen, Herr Seifen – um dies einen Tag, nachdem wir über zehn Jahre NSU gesprochen haben, in aller Klarheit zu sagen –: Die Art und Weise, in der Sie hier Begriffe verwenden, ist sehr eng an Redebeiträge aus den 30er-Jahren angelehnt.

(Beifall von der SPD und Dr. Günther Bergmann [CDU] – Zuruf von Christian Loose [AfD] – Weitere Zurufe)

So mit uns zu sprechen ist inakzeptabel. Wir lassen es als Sozialdemokraten nicht zu, dass Sie weiter in dieser Art und Weise hetzen. Das ist in einem demokratischen System inakzeptabel!

(Fortgesetzte Zurufe)

Ich will hier deutlich machen: Wir sehen das, wir erleben das, und wir lassen das nicht zu.

(Beifall von der SPD)

Jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Thema. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen Folgendes schon feststellen: Eigenverantwortung und ...

(Christian Loose [AfD]: Ihre Methoden sind aus den 30er-Jahren! Ist so! Sozialisten, wie Sie da sitzen! – Dietmar Bell [SPD]: Hetzer! Hetzer! – Frank Müller [SPD]: Faschist! – Fortgesetzte Zurufe – Zuruf von der AfD: Frau Beer hat doch das beste Beispiel gebracht! – Zuruf: Wir sind hier doch nicht im Reichstag! – Glocke)

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier im Parlament gemeinsam Spielregeln in der Geschäftsordnung vereinbart. An diese sollten wir uns halten. Bitte lassen Sie den Redner jetzt sprechen.

Jochen Ott³⁾ (SPD): Da Ihnen akademische Ausbildung ja so wichtig ist, empfehle ich ein Grundseminar am Historischen Seminar, zum Beispiel zum Redevergleich, um dann festzustellen, mit welchem Vokabular gearbeitet wird. Das sind Worte wie „Altparteien“, „Bolschewisten“ und Ähnliches. Sie können sich ja angucken, wie die Argumentation von Ihnen heute war. Dann stellen wir fest: Das ist inakzeptabel und für einen eigentlich gebildeten Mann auch unverschäm.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Jetzt kommen wir zurück zum Thema. Was ich bei den Reden von CDU und FDP hoch problematisch finde, ist Ihr Verständnis von Freiheit und von Eigenverantwortung. Sie machen hier nichts anderes, als Kindern und ihren Eltern das aufzubürden, zu dem Sie selbst nicht bereit sind, nämlich, Verantwortung zu übernehmen. Dies wäre eigentlich die Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik in diesem Land.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Ich muss ehrlich sagen: Ihre Selbstsicherheit ist angesichts aller Daten und Fakten und Hinweise, die wir in den letzten Tagen mit den steigenden Zahlen bekommen haben, beängstigend.

Warum geht denn Markus Söder den Weg und führt die Maskenpflicht wieder ein?

(Zurufe von Ralph Bombis [FDP] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Warum sagt der niedersächsische Kultusminister, dass die Maskenpflicht nicht abgeschafft wird, sondern er das im Moment für unverantwortlich hält? Weil sie sagen: Die Entwicklungen muss man zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich will Ihnen sagen: Wir sitzen hier im Plenarsaal. Hier in diesem Saal sind fast alle geimpft.

(Zuruf von der CDU: Na ja!)

Wenn ich daran erinnern darf: Trotzdem gab es in der vergangenen Woche bei der Veranstaltung rund um die Wahl des neuen Ministerpräsidenten zwei Infizierte und 200 rote Warn-Apps. Das heißt, wir müssen vorsichtig sein. Auch wir müssen vorsichtig sein.

Wir haben von der Landtagsverwaltung mitgeteilt bekommen, dass allein in diesem Saal sechsmal in der

Stunde die Luft ausgetauscht wird. Ich könnte Ihnen jetzt vorlesen, wie es in den Schulen ist.

Von den Förderprogrammen, sowohl vom Bund als auch vom Land, wurde wenig abgerufen. Auf die Bitte der Kommunen hin, das Bundesprogramm über den 31.12. hinaus weiterlaufen zu lassen, hat Ministerin Scharrenbach geantwortet, dass sie das nicht für nötig halte.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Es wäre gut, wenn Sie wenigstens mittels eines Gesamtkonzepts dafür gesorgt hätten, dass Lüftungsanlagen und Filter in den Schulen flächendeckend hätten eingesetzt werden können. Aber die Kommunen müssen das sogar gegen diese Landesregierung durchsetzen.

Deshalb ist es unredlich, Frau Vogt, solche Argumente zu bringen und so zu tun, als ob es hier genauso wäre wie in den Schulen. Die Kinder können sich eben nicht impfen lassen. Die Kinder haben die Schwierigkeit, dass die Entscheidungen rund um das Impfen noch nicht getroffen sind.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es absolut fahrlässig ist

(Angela Lück [SPD] setzt sich auf den Platz der Schriftführerin.)

– guten Morgen! –,

(Heiterkeit)

in diesem Parlament davon zu sprechen, dass man bei Kindern und Jugendlichen eine fertige Datenlage oder Hinweise habe. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist im Parlamentarischen Begleitgremium dieses Hauses darüber Auskunft gegeben worden, dass es eine schlechte bis gar keine Datenlage gibt, was die Kinder betrifft.

Wissenschaftler sagen, wenn nur 1 % der Kinder mit Langzeitschäden zu tun hat, dann reden wir über 12.000 Kinder. Das ist doch nicht nichts, das sind viele Kinder, die davon betroffen sind. Wir wissen es schlicht nicht. Ich würde gerne von der Ministerin hören, ob sie auch die Kinderkliniken angefragt hat, weil Kinder unseres Wissens normalerweise in Kinderkliniken und nicht in Unikliniken behandelt werden.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zurufe von Bodo Löttgen [CDU] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Wenn die politische Aussage von vor den Herbstferien,

(Weitere Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP] – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

dass wir die Maskenpflicht fallen lassen werden, nachher zur Self-fulfilling-Prophecy wird, egal, wie die Faktenlage ist, dann ist das einer Regierung

unwürdig. Angesichts der Zahlen haben wir heute sehr deutlich gemacht, dass wir der Auffassung sind: Sicherheit zuerst.

Sie tragen die Verantwortung für das, was in den nächsten Wochen auf uns zukommt – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich nenne einige Zahlen: Am 3. November 2020 lag die Inzidenz in Deutschland bei 124,2, am 3. November 2021 bei 146,6. Am 3. November 2020 lagen 2.388 Personen auf den Intensivstationen, in diesem Jahr sind es 2.226 Personen. In den sieben Tagen vor dem 3. November 2020 sind 563 Personen verstorben, in diesem Jahr sind es 668 Personen. – Das ist ein Tweet von „Quarks“ von gestern Abend.

(Zuruf von der FDP)

Ich meine, dass das deutlich macht, in welcher Situation wir uns im Moment befinden. Ich möchte die Argumente, die die Kolleginnen gebracht haben, einfach mal wörtlich nehmen.

Frau Kollegin Müller-Rech, Sie haben hier gesagt: Die Kinder infizieren sich zwar, aber es gibt keine schweren Verläufe. Dann frage ich mich schon, Frau Schulministerin Gebauer: Warum testen Sie die Kinder dann überhaupt? Warum machen Sie Quarantäneanordnungen, wenn alles nicht so schlimm ist?

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Warum machen Sie dann den ganzen Aufwand? Diese Form der Durchseuchungsstrategie, die Sie hier am Pult vorgetragen haben, ist doch nicht normal, Frau Kollegin Müller-Rech.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da ich die Ehre habe, im Unterausschuss Pandemie, in dem Begleitgremium, zu sitzen, kann ich Ihnen zwei Mitteilungen machen, die auch Frau Kollegin Schneider sicherlich nicht bestreiten wird. Es gibt zwei wesentliche Punkte, die wir dort festgestellt haben.

Ein wichtiger Punkt ist die Kommunikation, die sehr zentral in dieser Pandemie ist. Es ist nicht nur die einzelne Maßnahme. Das, was jetzt passiert, macht mir als Gesundheitspolitiker wirklich große Sorgen. Insbesondere befeuert von der FDP – das muss ich an der Stelle sehr deutlich sagen – wird hier eine Kommunikation an den Tag gelegt, deretwegen sich das Gesundheitsministerium offensichtlich sehr streiten

muss: Die Pandemie läuft dem Ende zu. Es ist alles nicht mehr so schlimm. Wir haben keine saisonalen Effekte, die Infektionen in den Krankenhäusern sind nicht mehr so schlimm.

(Zuruf: Das ist Unsinn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das Gegenteil ist wahr! Sie machen sich schuldig an denjenigen, die sich jetzt infizieren werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralph Bombis [FDP]: Jetzt reicht es aber! – Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP] und Gordan Dudas [SPD] – Weitere Zurufe von Ralph Bombis [FDP] – Unruhe – Glocke)

Ich sage an der Stelle sehr deutlich, so laut Sie auch schreien mögen: Wir werden in drei Wochen hier ...

(Fortgesetzt Zurufe von Ralph Bombis [FDP] – Rainer Schmelzer [SPD]: Herr Bombis, ich habe Sie im Begleitgremium noch gar nicht gesehen! – Weitere Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Präsident hat eben schon daran erinnert, dass wir hier Spielregeln haben. Wir befinden uns in der Aktuellen Stunde ...

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

– Sie werden doch jetzt nicht auch noch mich als sitzungsleitende Präsidentin anbrüllen wollen? Die Spielregeln bedeuten ...

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ich wäre an Ihrer Stelle jetzt etwas vorsichtig, weil es hier wirklich Regeln gibt, die wir einhalten, und die besagen, dass wir in der Aktuellen Stunde, insbesondere in den Runden, in denen die Fraktionen noch Redezeit haben, sehr genau auf Wort und Widerwort bzw. die Auseinandersetzung mittels des Wortes achten.

In einer so wichtigen und kontrovers geführten Debatte, bei solch einer Fragestellung brüllen wir uns nicht an, als ob wir uns nicht benehmen könnten. Die Argumente dürfen ausgetauscht werden, auch hart ausgetauscht werden, gar keine Frage. Es dürfen auch unterschiedliche Meinungen aufeinanderprallen, aber bitte im Rahmen einer einigermaßen sachlich geführten, strukturierten Debatte.

Herr Kollege Mostofizadeh hat jetzt das Wort. Selbstverständlich bekommen Sie die Redezeit, die ich verbraucht habe, zusätzlich.

(Beifall von der SPD)

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass hier in nur wenigen Wochen aufgrund der steigenden Inzidenzen deutlich einschneidendere Coronaschutzmaßnahmen angeordnet werden müssen.

(Zuruf von der CDU: Ach, Gott!)

Das wird keine schöne Aufgabe für das Gesundheitsministerium sein. Auch dieses Parlament wird das beschließen müssen, denn wir wissen alle, dass es die pandemische Lage auf Bundesebene nicht mehr geben wird, und die in Nordrhein Westfalen ...

(Zuruf von StS Nathanael Liminski [Chef der Staatskanzlei])

– Sie sind zwar gar nicht redeberechtigt, aber ich rufe es Ihnen trotzdem zu, Herr Staatssekretär. FDP und CDU haben die pandemische Lage in Nordrhein-Westfalen schon längst sehr klar für beendet erklärt, was die juristische Seite betrifft.

Nach vorne geblickt fehlt das Gesamtkonzept. Das hat Frau Gebauer gesagt, bzw. sie verweist darauf, dass sie an einem Gesamtkonzept arbeiten würde.

Ich sage Ihnen sehr deutlich, was fehlt:

Ich sehe keine Vorbereitung auf die Booster-Impfungen für Lehrerinnen und Lehrer, die Sie angesprochen haben. Ich sehe auch kein Konzept dafür, wie sie durchgeführt werden sollen. Das hätte schon vor zwei Monaten gemacht werden müssen. Das geht ganz klar an die Adresse dieser Landesregierung.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Es hätte auch eine Teststruktur in ganz Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten werden müssen, damit am Arbeitsplatz, in der Uni und im öffentlichen Raum getestet werden kann,

(Helmut Seifen [AfD]: Kostenlos!)

und zwar – ganz wichtig und auch nach vorne gedacht – selbstverständlich kostenlos. Diese bricht aber gerade zusammen. Wir haben im Moment nicht mal mehr ein Fünfzigstel an Testungen im Vergleich dazu, wie es noch vor vier Monaten der Fall war.

Ein weiterer Schritt nach vorne betrifft das Thema „Booster-Impfungen“. Warum haben das Gesundheitsministerium und die Landesregierung nicht dafür gesorgt, dass wir jetzt auf einem Stand sind, von dem aus die vulnerablen Gruppen – also Ü70 und die Vorerkrankten – bereits in den nächsten zwei Wochen geimpft werden können? Wenn wir in dem Tempo weiterimpfen, wie es bisher passiert ist, sind wir in 50 Wochen noch nicht fertig.

Ich komme zurück auf die Maskenpflicht in den Schulen. Die Kinder sind tatsächlich wieder Opfer einer Gesamtproblematik. Das gestehe ich ausdrücklich zu. Ich kann Ihnen nur sagen: Allein heute Morgen

haben sich mehrere unserer Mitarbeiterinnen abmelden müssen, weil von den Gesundheitsämtern Quarantäneanordnungen für Kontaktpersonen in Schulen ausgesprochen wurden.

Die Gesundheitsämter sind viel weiter, als es die Schulministerin hier suggeriert. Die Gesundheitsämter haben die schwierige Aufgabe, genau diese Fehler der Landesregierung ausbessern zu müssen und eigene Entscheidungen zu treffen.

Frau Kollegin Vogt, eines möchte ich Ihnen zurufen: Sie sind nicht dafür, dass Menschen, die 17 Jahre alt sind, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland wählen können. Aber sechsjährige Kinder sollen darüber entscheiden, wie sie ihren Schulalltag gestalten? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Frau Kollegin.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich kann Ihnen zum Abschluss nur sagen: Liebe Landesregierung, legen Sie alsbald ein umfassendes Schutzkonzept für die Bevölkerung vor. Bauen Sie die Strukturen auf. Sorgen Sie für Impfungen, und sorgen Sie dafür, dass wir gut durch den Winter kommen; denn das ist unsere Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Höne das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht Herr Bombis?)

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Mostofizadeh hat gerade in Richtung der Landesregierung und der koalitionstragenden Fraktionen den Vorwurf formuliert, wir würden uns mitschuldig machen, wenn Menschen an COVID erkranken. Bei allem Verständnis und bei allem Spaß an einer intensiven Debatte, Herr Kollege Mostofizadeh, muss ich sagen: Diese Unterstellung ist das Allerletzte. Dem muss eine Entschuldigung folgen, und zwar schnellstmöglich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich streite hier sehr gerne über die richtigen Maßnahmen. Es ist auch völlig in Ordnung, dass wir in dieser absolut außergewöhnlichen Situation, in der wir uns seit anderthalb Jahren befinden, darüber streiten und dass es unterschiedliche Perspektiven gibt.

Ich sage aber auch: Die Stärke eines demokratischen Rechtsstaates im Umgang mit einer solchen Situation muss darin liegen, dass sich Demokraten untereinander nicht die Schuld für die Erkrankungen

einzelner Menschen in diesem Land geben. Diesen gemeinsamen Pfad haben Sie gerade verlassen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wenn wir den 4. November dieses Jahres und den 4. November des letzten Jahres miteinander vergleichen, dann stellen wir fest: Wir waren bei über 3.000 Menschen, die wegen COVID im Krankenhaus behandelt wurden, und sind jetzt bei unter 2.000. Und auch wenn ich mir wünschen würde, dass wir bei null wären: Die Situation hat sich doch deutlich geändert.

Herr Kollege Mostofizadeh, ich will noch etwas richtigstellen: Sie haben gerade behauptet und unterstellt, seitens der regierungstragenden Fraktionen sei die Kommunikationslinie so, dass wir die Pandemie für beendet erklärt hätten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja!)

Ich sage Ihnen: Sie sagen die Unwahrheit.

(Beifall von der FDP)

Niemand in dieser Koalition hat behauptet, die Pandemie sei beendet. Ich behaupte allerdings, wir müssen nach fast zwei Jahren Pandemie klüger und anders mit der Pandemie umgehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagen wir auch!)

Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie die Maßnahmen aus dem ersten Lockdown weiterhin nutzen wollen, dann ist das völlig in Ordnung und Ihre politische Einstellung.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir sagen: Die Pandemie ist nicht vorbei, aber der Umgang mit der Pandemie muss anders werden.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Wir müssen treffsicherer werden, wir müssen die Verhältnismäßigkeit wahren. Der Kern des Unterschieds scheint mir in der Tat im Verständnis von Freiheit und Grundrechten zu liegen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja!)

Mit dem, was wir in den letzten Monaten hinsichtlich der veränderten Rahmenbedingungen, der Impfquote und der Frage nach den Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten gelernt haben, gilt umso mehr, die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen zu überprüfen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das sagen wir seit anderthalb Jahren!)

Nicht die Menschen müssen darum bitten, dass ihre Grundrechte gelten. Nicht die Menschen müssen darum bitten, wieder zurück zur Normalität ihres Alltags zu kommen. Es ist unsere Aufgabe, jede Maßnahme, mit der wir die Menschen von ihren Grundrechten,

von ihrem Alltag, von ihrer Freiheit abhalten, sehr genau zu begründen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das, was Sie hier gerade abgeliefert haben, waren billigster Populismus, die Unwahrheit, eine schäbige Unterstellung und Schuldzuweisung, die ich in diesem Hause – im Namen meiner Fraktion und sicherlich auch der Koalition – so nicht stehen lassen will und werde.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich kann Ihnen sagen: Die Frage, wie wir damit in den Schulen umgehen, wie wir insgesamt mit der Pandemie umgehen, wird sich weiterhin an der aktuellen Lage ausrichten. Sie wird sich weiterhin an dem Ziel ausrichten, dass möglichst wenige Menschen erkranken. Das wird aber nicht mit der Holzhammermethode und mit der absoluten Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten einhergehen, die Sie hier gerade implizit eingefordert haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ott, ich glaube, es ist schmerzhaft für Sie gewesen, festzustellen, dass Ihr scheinbar isoliertes Handeln – wenn man es mal in einen größeren Zusammenhang einbettet – dann doch auf Grundzüge und Analogien hinweist, die einem nicht so passen.

Frau Beer hat es gerade ganz deutlich gesagt: Wer Freiheit will, muss sich auch seiner Verantwortung stellen. – Ja. Das ist typisch sozialistisch. Freiheit steht bei Ihnen unter dem Vorbehalt des Zwangs. Genau dagegen wenden wir uns. Freiheit ist bedingungslos, ohne Zwang, den man vorher einhalten muss!

(Beifall von der AfD)

Das ist bei Ihnen genau der Punkt, der sich durch all die Jahrhunderte sozialistischen oder utopischen Denkens zieht. Es führt von Platon bis in unsere Zeit hinein, die Ausformung ist natürlich anders. Das muss man ganz klar sehen.

(Jochen Ott [SPD]: Intellektueller Dünnschiss!)

Frau Vogt, es ist schon merkwürdig, dass Sie unsere Vorstellungen als krude Gedanken bezeichnen; denn dann haben Sie sich gerade selbst angeklagt. Alles, was Sie und Ihre Redner jetzt gesagt haben – Frau Schlottmann und auch die Redner der FDP –

sagen wir seit einem Jahr. Seit einem Jahr! Schauen Sie doch in die Protokolle, Frau Vogt!

(Petra Vogt [CDU]: Nein, das ist Unsinn!)

– Sie können jetzt ruhig den Kopf schütteln, das ist Ihr gutes Recht. Aber schauen Sie in die Protokolle. Dort steht genau das, was Sie heute vorgetragen haben, seit April 2020. Lediglich im März haben wir gesagt: Wir wissen nicht genau Bescheid und stimmen zu. – Bereits einen Monat später war klar, dass das, was Sie hier abziehen, ein reines Schaulaufen auf Kosten der Schüler und vieler Menschen in diesem Land ist.

(Beifall von der AfD)

Damit beweisen Sie doch nur, dass ich recht habe, dass das Gefängnis auch schon in Ihrem Kopf war. Sie haben sich doch gar nicht mehr frei entfaltet. Sie haben alles nachgeplappert, was man Ihnen aus Berlin vorgesagt hat. Das haben Sie doch nachgeplappert! Lediglich Ministerpräsident Laschet hat mit aller Kraft versucht, noch irgendwie etwas zu drehen. Das ist ihm nicht gelungen. Aber Sie haben doch alle nachgeplappert.

Jetzt stehen Sie so da und sagen: Die armen Kinder; die leiden. – Ja, warum leiden sie wohl? – Weil Sie entschieden haben!

(Beifall von der AfD)

Über die Kalthertzigkeit

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

der Maßnahmen in den letzten anderthalb Jahren, Herr Müller, bin ich tief erschüttert. Ich selbst war lange Zeit Lehrer und Schulleiter

(Frank Müller [SPD]: Darüber bin ich erschüttert!)

und habe zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen für die Kinder gesorgt. So etwas hätte ich mir nicht vorstellen können. Dass Sie das wirklich diesen jungen Menschen zumuten, ist unglaublich.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Kalthertzig ist es auch, weil es genug warnende Stimmen gab. Ich hatte schon den Brief der Kinderärzte von vor einem Jahr erwähnt. 190 Ärzte haben Ministerin Gebauer am 4. August 2020 in einem offenen Brief dargelegt, welche Schäden der Maskenzwang bei den Schülerinnen und Schülern hervorruft. Die Ärzte sprechen in ihrem Brief davon, dass die Masken fundamentale Elemente der Erziehung, des Lernens und der Sozialentwicklung in erheblichem Maße beschneiden. Jetzt – ich glaube, Frau Müller-Rech war es – kommen auch Sie mit dieser Botschaft, also nach einem Jahr.

Lernen und Verstehen gelingen in diesem Alter nur durch eine intensive Beziehung zwischen Lehrern

und Schülern sowie der Schüler untereinander. Ehrlich gesagt braucht man dafür keine ärztliche Expertise – verzeihen Sie, Herr Dr. Vincentz.

(Lachen von Frank Müller [SPD])

Das weiß jeder. Dafür muss man kein Arzt sein.

„Moralische Erfahrungen [...] wie Würde, Respekt, Integrität oder Anstand entwickeln sich nicht virtuell und werden durch maskierte Kontakte mit fehlender Mimik massiv behindert.“

All das wusste man schon seit einem Jahr. Deshalb seien die Masken, schreiben die Ärzte weiter, in höchstem Maße lern- und entwicklungsgefährdend.

Sie haben doch hier mit Krokodilstränen beklagt, wie viel die Schüler versäumt haben, und – hier die SPD – man müsse Sonderprogramme für die Schüler, die im Lernbereich und vielleicht auch im psychologischen Bereich zurückgeblieben sind, auflegen, um das jetzt auszugleichen.

Ich weiß gar nicht, was in Ihren Gehirnen vorgeht. Auf der einen Seite fordern Sie diese Programme, damit die Schüler und Schülerinnen das aufgrund der Maßnahmen, die Sie getroffen haben, Versäumte nachholen können, auf der anderen Seite fordern Sie aber wieder genau diese Maßnahmen, die dazu führen, dass man wieder Sonderprogramme auflegen kann. Sagen Sie mal, sind wir hier im Parlament, oder wo sind wir hier eigentlich?

(Beifall von der AfD)

Ja, die Arztpraxen sind voll. Die Diplom-Psychologen und Psychiater schlagen Alarm. Sie allerdings lassen im Fernsehen die Intensivstationen Alarm schlagen. Keiner weiß, welche Leute dort liegen.

Die Abrechnungsstellen haben offenbar herausgefunden, dass viele Patienten, die als COVID-Tote laufen,

(Nadja Lüders [SPD]: Nein, die laufen nicht mehr!)

wegen ganz anderer Dinge eingeliefert worden sind.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): Wir unterliegen einer wahnsinnig manipulativen Berichterstattung. Dieser Antrag zeigt, dass Sie dabei sind und mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Nennen Sie doch mal eine Quelle!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Es liegen im Moment keine weiteren Wortmeldungen vor. Das bleibt auch so.

Dann sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde, angelangt.

Ich rufe auf:

2 Erinnerungsorte des DDR-Unrechts als originäre Bestandteile unserer Erinnerungskultur: Das Betonsegment der Berliner Mauer am Landtag als Mahnmal aufwerten.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15457

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Auch wenn es jetzt etwas schwerfällt, gerade nach dem letzten Redebeitrag, wieder zu normaler Politik zurückzukommen,

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

will ich, Herr Seifen, noch sagen: Ihre Freiheit, für die Sie sich gerade angeblich so eingesetzt haben, hört immer da auf, wo meine Nase anfängt. Die Freiheit ist nie bedingungslos. Was Sie gerade gesagt haben, ist unglaublich.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, Erinnerungen verblassen und brauchen daher Orte, an denen auch künftige Generationen eine Mahnung erfahren können. Wir sind der Meinung, dass Erinnerungsorte originäre Bestandteile unserer Erinnerungskultur sein sollen und auch bleiben müssen.

Das gilt auch und gerade für jene Orte, die sich auf das DDR-Unrechtsregime beziehen. Daher ist es gut, wenn es Symbole gibt, die stellvertretend einen Sachzusammenhang darstellen.

Ein solches Symbol sind ohne Zweifel die Berliner Mauer und ihre Teile. Diese 43 km lange innerstädtische Mauer war eine in Beton und Stahl gegossene sozialistische Verachtung von Menschen und deren Rechten. Sie bleibt auch im Rückblick offensichtlicher Auswuchs einer Diktatur, eines Unrechtsstaats. Die Mauer stand somit für all das, was wir de facto nicht haben wollen.

Wir möchten mit diesem Antrag im Vorfeld des in der deutschen Geschichte so wichtigen 9. November – in der nächsten Woche wird es wieder viele, viele Veranstaltungen in vielen, vielen unterschiedlichen Formen geben – zum einen den Opfern der SED-Diktatur auch hier am Rhein einen kleinen Erinnerungsort geben und zum anderen mahnen, dass

unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht einfach so vom Himmel fällt, sondern quasi täglich gegen Angriffe verteidigt werden muss.

Das Betonsegment, das bis jetzt unweit des Landtages steht, sollte somit quasi ein Mittel zum Zweck werden, da es vielleicht schon bald nicht mehr selbsterklärend ist, weil die Zeit ja weiterläuft. Es soll von einem Erinnerungstück, das es vor 30 Jahren bis jetzt war, das sich aber von einer jetzt herangewachsenen Generation vielleicht gar nicht mehr selbsterklärend zuordnen lässt, zu einem kleinen Mahnmal rund 600 km entfernt von dem Ort des eigentlichen Geschehens werden und aufgewertet werden.

Wir haben hier die Möglichkeit, einen authentischen Erinnerungsort zu gestalten, der eine Art Kristallisationspunkt für ein Gedenken an das DDR-Unrecht bildet. Aus unserer Sicht ist die Erinnerung an das DDR-Unrecht nämlich eine gesamtdeutsche Aufgabe. Dafür sind wir nicht nur föderal aufgestellt, sondern dafür haben wir auch alle von der deutschen Einheit profitiert.

Symbolhaft soll in Sichtweite des Landtages vor Augen geführt werden, dass es nicht nur schön ist, dass die Mauer Gott sei Dank gefallen ist, sondern dass Dinge wie freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatlichkeit sowie freie und geheime Wahlen keine Selbstverständlichkeiten in einer immer bequemer werdenden westlichen Demokratie sind und kontinuierlich verteidigt werden müssen.

Das seit 2009 hier im Vorfeld des Landtages stehende Segment der Mauer – es war damals eine Schenkung – kann vor Ort die Gelegenheit bieten, an die Menschen zu erinnern, die von der Staatsicherheit der DDR ausspioniert und verfolgt wurden, Repressionen ausgesetzt waren und teils noch heute unter all diesen Erlebnissen leiden müssen.

Wir in der NRW-Koalition fühlen daher eine Verpflichtung, dass Leid und Tod an der Mauer innerhalb der Grenzen des DDR-Unrechtsstaates nicht in Vergessenheit geraten. Eine Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht ist aus unserer Sicht wichtiger Bestandteil unserer Erinnerungskultur in einer immer schnelllebigeren Zeit.

(Beifall von der CDU und Angela Freimuth [FDP])

Wir erleben schon einen Wandel der Erinnerungskultur in Bezug auf die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte. Wie schnell und drastisch solche Entwicklungen sein können, und das auch im Umfeld des 9. November – eigentlich dann auch 11. November –, sehen wir mit Blick auf den Ersten Weltkrieg. Die Erinnerung daran, die zum Beispiel in Frankreich und Großbritannien bis heute viel prägender ist als in Deutschland, hat bei uns kaum noch einen Stellenwert, obwohl Deutschland von 1914 bis 1918 ungefähr 2 Millionen Tote zu beklagen hatten. Die Zahl an

Toten hatten England und Frankreich zusammen. Das ist in der Erinnerungskultur völlig verschwunden.

Das muss uns Mahnung sein, dass wir mit anderen Ereignissen in der deutschen Geschichte anders umgehen. Wir dürfen nicht vergessen und müssen auch künftig einschneidende Ereignisse der deutschen Geschichte den Menschen sichtbar machen und als Mahnung verdeutlichen: Die Erlebnisgeneration, die Zeitzeugen sind nicht mehr da. Wir haben eine andere Verantwortung, die wir gerade als politische Tüchtige auch annehmen müssen.

Wir möchten das Betonsegment der Berliner Mauer als Erinnerungsort der deutschen Teilung nicht nur erhalten, sondern in Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf aufwerten, damit es einen festen, zeitgemäßen Platz im Stadtbild findet.

Wir möchten damit auch den seit 1989 Nachgewachsenen – das ist ja mehr als eine Generation – die Möglichkeit geben, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Günther Bergmann (CDU): ... sich mit dieser Situation auseinanderzusetzen. Wir möchten sie für etwaige Fehlentwicklungen in unserer heutigen Zeit sensibilisieren, damit sie mit einem geschulten Blick auf das, was so viele andere hier erzählen, vorsichtig sind.

Wir haben damit eine Maßnahme, die im Zusammenhang mit der von der NRW-Koalition an verschiedenen Stellen immer wieder vorgetragenen ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Kollege.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Jetzt sehe ich es auch, Frau Präsidentin. Ich komme sofort zum Ende.

Wir wollen die Gedenkveranstaltungen des Landes um dieses Symbol ergänzen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Antrag unterstützen würden, und bitte um Ihre Unterstützung. – Danke für die Aufmerksamkeit und für die 30 Sekunden mehr Redezeit, Frau Präsidentin.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war eine Minute. Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bergmann. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 13. August 1986, also 25

Jahre nach dem Bau der Mauer, sagte der damalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl:

„Solange es Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gibt, kann von Normalität in Deutschland keine Rede sein.“

Drei Jahre später – wir stehen kurz vor dem Jahrestag des 9. November 1989 – wurden Stacheldraht, Schießbefehl und Mauer in Deutschland durch den friedlichen Widerstand der Bevölkerung der ehemaligen DDR überwunden und die Mauer Bestandteil der Geschichte.

Kein weiteres Jahr später endete die deutsche Teilung und damit auch die Teilung Europas. Deutschland feierte die Wiedervereinigung, und das Europa, so wie wir es heute kennen und schätzen, wurde möglich.

Die Mauer verkörperte Trennung, Unrecht, Unterdrückung, Unfreiheit. Die Mauer war und ist Mahnung, dass Menschen- und Bürgerrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eben keine Selbstverständlichkeit sind und jeden Tag neu verteidigt werden müssen.

Ein Blick in die Welt, aber auch schon innerhalb Europas oder auch nur innerhalb unseres eigenen Landes verdeutlicht, dass jene, die spalten, erstarken, und dass jene, die Bürger- und Menschenrechte negieren, ebenfalls leider immer mehr Zulauf bekommen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir doch gemeinsam der Auffassung – wir haben das an vielen anderen Stellen immer wieder deutlich gemacht –, dass wir aktiv etwas für Freiheit und Demokratie tun wollen und müssen.

Ost und West, Teilung und Nationalismus sind in den Köpfen vieler Menschen leider nach wie vor vorhanden. Es ist unsere Aufgabe, die Folgen der Teilung, die Folgen von Nationalismus, von Abschottung und Unfreiheit aufzuarbeiten und daraus auch zu lernen, so etwas für die Zukunft zu verhindern. Dazu müssen wir erinnern, mahnen, lehren.

Für die Erinnerung an die Vergangenheit braucht es Orte der Begegnung und der Anknüpfung an die Vergangenheit, an die Geschichte. Zu Recht unterstreichen wir in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur die Bedeutung von Erinnerungs- und Gedenkstätten, von Orten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, an denen authentisch Erinnerungen wachgehalten werden können, wo Zeitzeugen Geschichte in einen Kontext einordnen und wo wir politische Bildung, Informations- und Wissensvermittlung in besonderer Weise für junge Menschen, aber auch für schon reifere, erfahrbar machen.

Kollege Dr. Bergmann hat es gerade schon gesagt: Wir sind doch die Zeitzeugen der deutsch-deutschen

Teilung und auch ihrer Überwindung. Deswegen ist es an unserer Generation, quasi als Zeitzeugen der deutsch-deutschen Teilung, für künftige Generationen eine Verantwortung zu übernehmen, an diese Überwindung der deutsch-deutschen Teilung zu erinnern und daraus Lehren für die zukünftige Gestaltung zu vermitteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Bürgerpark in der Nähe des Landtags ein Stück der Mauer. Wir haben darüber schon an verschiedenen anderen Stellen gesprochen, auch als wir vor einigen Monaten hier im Parlament über den Bau der Mauer und die Überwindung der Mauer diskutiert haben. Jedes Mal, wenn wir uns dieses Symbol, dieses Mahnmal für Unfreiheit und Unterdrückung, anschauen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird uns doch allen in Erinnerung gerufen, was wir an historischer und politischer Aufgabe wahrzunehmen haben. In direkter Nähe des Landtags bietet uns dieses Stück Mauer im Bürgerpark eine Möglichkeit, auch als Zeitzeugen diesen Ort mit dem Stück Mauer gemeinsam mit der Stadt Düsseldorf zu einem Erinnerungsort entwickeln und daraus auch Veranstaltungskonzepte erarbeiten.

Das lohnt sich allemal. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist nötig und es ist richtig, dass das geschehene Unrecht in der DDR und die Leiden der Opfer nachhaltig in unser kulturelles Gedächtnis eingehen. Es wurden Menschenrechte mit Füßen getreten, Menschen ermordet, gefoltert, inhaftiert, zuhauft geängstigt und psychisch verletzt. Hier wurden Familien mittels eines miesen und brutalen Spitzelsystems unterminiert und Freundschaften in den Dreck gezogen. Mindestens an der Spitze des Staates, aber meistens tief hinein, herrschten Menschen, die erneut glaubten, die geschichtliche Wahrheit zu besitzen, und daher auch glaubten, gegen das eigene Volk mit allen Mitteln vorgehen zu können.

Sie schreiben: „Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht hat einen festen Platz in unserer Erinnerungskultur.“ Ich wünschte es mir, aber ich glaube, dass es nicht so ist. Sie schreiben, die „Aufarbeitung von Unrecht hat kein Verfallsdatum“. Auch das wünschte ich mir. Ich glaube, das wünschen wir uns beide. Aber hier bin ich mir auch nicht ganz so sicher.

Bei den Betroffenen, bei denjenigen, die sich damit auseinandersetzen – ich bin dort geboren, ich habe dieses Leid auch meiner Familie erlebt –, ist das so. Bei den Opfern ist es allemal so. Da ist auch dieser Wille vorhanden: dieser Wille zur Erinnerung, dieser Wille zur Mahnung, dieser Wille, rauszuschreien: „Nie wieder!“ Wir kennen das aus anderen historischen Zusammenhängen ja auch.

Da gibt es aber auch keinen Schlussstrich. Ich kann die Ostalgie zwar teilweise leidlich nachvollziehen, sie ist mir aber in höchstem Maße suspekt. Ebenso lehne ich aus tiefstem Herzen jegliche Relativierungen, Verklärungen und Rationalisierungen ab. Lassen Sie uns dennoch zwei Punkte beachten:

Was ist, wenn Erinnerungskultur eben auch den Bezugspunkt der Zukunft einbindet und nicht in der Vergangenheit verweilt? Sie haben es angetippt. Wie schaffen wir – und das sind doch die zentralen Fragen – ein Bewusstsein und eine Anschlussfähigkeit für künftige Generationen? Da spreche ich bereits von unseren Kindern, den bereits Nachgeborenen. Wie schaffen wir es, die Errungenschaften einer freien und offenen Gesellschaft in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat immer wieder als identitätsstiftend zu vermitteln? Wo und wie entwickeln sich positive Haltungen vor dem Hintergrund der negativen Historie? Die wichtigsten Fragen sind immer wieder: Wie konnte es geschehen, und wie kann man sich davor schützen?

Es braucht diese zukünftigen Bezugspunkte, damit die notwendige Erinnerung nicht irgendwann in Ritualen oder, schlimmer noch, in Belanglosigkeiten endet.

Zweiter Punkt. Ein Element der Mauer steht eben nicht nur für die Freude der Beendigung eines Unrechtsstaates und das vorangegangene Leid, sondern auch für einiges mehr – meine Vorredner hatten es angesprochen –, und zwar unter anderem für den schwierigen Weg des Zusammenwachsens und gegenseitigen Verstehens, für den Umgang mit dem Erinnern und Aufarbeiten des Geschehens vor und nach 1989, also auch für den Umgang mit den Bürger*innen zwischen der Hoffnung auf die blühenden Landschaften und dem Erleben von verbranntem Boden.

Glauben Sie mir, ich freue mich diebisch, dass die Mauer nun schon länger weg ist, als sie jemals stand. Ich bin auch immer nach Berlin gefahren und habe geguckt, wie der Palast der Republik langsam abgebaut worden ist. Es ist ein historisches Gebäude und diese Einstellung ist vielleicht falsch. Ich habe mich trotzdem irre gefreut, dass das irgendwann mal weg war.

(Vereinzelt Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Aber eines ist auch klar: Das Schaffen eines dauerhaften Bewusstseins, wie wir aus den Schrecken der

Vergangenheit eine mögliche Zukunft gewinnen, ist enorm schwer. Gerade wir als Historiker und Pädagogen wissen um die Schwierigkeit und die notwendige dauerhafte Anstrengung. Ob dabei ein Mauerstück hilft, welches vor zwölf Jahren von der Bild-Zeitung gespendet und auf den Platz zwischen Landtag und Stadttor gestellt wurde und auch noch zusätzlich an den Zeitungsründer Axel Springer erinnert, also sogar noch weiter historisch aufgeladen wurde? Ich glaube es, ehrlich gesagt, nicht.

Das grundsätzliche Anliegen des Antrags, geeignete Möglichkeiten zur Erinnerung und zur Bildung zu schaffen, befürworten wir ausdrücklich. Wir glauben aber nicht, dass dieses Mauerstück, umgewandelt zum Erinnerungsort, an dieser Stelle dazu taugt. Deswegen enthalten wir uns.

Fraglich bleibt doch vor allem, inwieweit ein aus den örtlichen Bezügen herausgerissenes Mauerstück langfristig als Mahnmal und jenseits der sich sowieso des historischen Geschehens selbst Vergewissernden tatsächlich Wirkkraft entfaltet. Oder, um es klar zu sagen: Herr Dr. Bergmann, wir beide stehen da; da bin ich mir sicher. Die Frage ist aber: Wer steht da noch neben uns?

(Angela Freimuth [FDP]: Ich!)

So weit zwei Vorschläge. Lassen Sie uns weiter eng und gemeinsam geeignete Erinnerungen mit Anknüpfungspunkten für die Zukunft erarbeiten, vor allem in der politischen und schulischen Bildung, in der Aus- und Weiterbildung, in der Kunstdarstellung, in der wissenschaftlichen Aufarbeitung, in der Zeitzeugenarbeit, in unseren Museen, Stiftungen etc.

Beim Gerhart-Hauptmann-Haus machen wir das zum Beispiel auch, mit anderen Inhalten. Dort geht es genauso um die Frage: Wie schützt man, was man in die Zukunft transportieren möchte, vor dem Vergessen? Das sind immens große Fragestellungen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass der Inhalt wichtig ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Bialas^{*)} (SPD): Früher hat man immer gesagt: rübermachen. Der zweite Vorschlag lautet: Lassen Sie uns rübermachen, aber diesmal in die andere Richtung, in den Osten. – Frau Präsidentin, damit komme ich auch zum Ende.

Hören wir uns einmal die Geschichten der Menschen von ihnen erzählt an. Hören wir ihnen zu. Lassen wir nicht zu, dass wir ihnen ihre Geschichte erzählen, sondern sie ihre uns. Reden wir darüber; vielleicht bringt uns das alles weiter, Vergangenes zu verstehen und Zukünftiges zu gewinnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und Angela Freimuth [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die deutsche Teilung ist untrennbar verbunden mit den Wirrungen und Verheerungen des 20. Jahrhunderts.

Wie kaum ein anderes Datum steht der 9. November symbolisch für einerseits Terror und andererseits Freude über die Ausrufung der ersten deutschen Republik und der ersten deutschen Demokratie mit all dem, was danach an Irrungen und Wirrungen und dem schlimmen Ende kam, aber eben auch für die friedliche Revolution.

Am 9. November 1989 fiel die Mauer als das Symbol – Kollege Bergmann hat es eben gesagt – für die deutsche Teilung in Beton und Stahl. 161 km war die Berliner Mauer lang, aber insgesamt teilten 1.378 km Stacheldraht und Todesstreifen beide deutschen Staaten.

Heute kann man diese Grenze auch erleben, nur ganz anders: Was früher ein Todesstreifen gewesen ist, ist heute ein grünes Band, das die Menschen von Ost nach West bzw. Nord nach Süd verbindet, wenn man dort zum Beispiel entlangradeln würde. Es liegt heute zwischen Ost und West und ist ein verbindendes Element geworden.

Ich bin in Helmstedt an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze geboren und aufgewachsen. Wenn wir auswärtigen Besuch bekommen haben, sind wir oftmals an die Grenze gefahren, weil dort der Ort war, an dem, um ehrlich zu sein, auch für Westdeutsche endlich einmal erlebbar und sichtbar geworden ist, was diese deutsche Teilung eigentlich bedeutet.

Als Kind war es für mich selbstverständlich kaum oder gar nicht begreifbar. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt, mehr als 30 Jahre später, die Erinnerung und das Gedenken an die Teilung, an das Unrecht und an die Opfer, aber eben auch an die Überwindung dieser Teilung wachhalten.

Wir müssen das für junge Menschen verständlich machen, aber auch erlebbar machen durch Austausch, durch Begegnung und selbstverständlich auch durch Orte, die durch das Begehen im wahrsten Sinne des Wortes diesen Teil deutscher Geschichte nachvollziehbar machen.

Der Fall der Mauer ist eben nicht nur untrennbar mit ihrem Bau am 13. August verbunden, wie Sie richtigerweise in Ihrem Antrag schreiben, sondern auch mit den mutigen Menschen, die für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind – auch im Wissen um das Risiko für die eigene Freiheit, die eigene Gesundheit und schlimmstenfalls für das eigene Leben.

Ich finde es schade, dass dieser Aspekt in Ihrem Antrag ein bisschen zu kurz kommt. Selbstverständlich ist der Mauerbau untrennbar mit ihrem Fall verbunden, aber ich hätte mir gewünscht, dass Sie in Ihrem Antrag noch ein bisschen stärker darauf eingehen, welche ein Glücksfall der deutschen Geschichte mit ihren Irrungen, Wirrungen und Verheerungen es gewesen ist, dass diese friedliche Revolution als Akt der Selbstbestimmung und der Demokratie auch mit dem 9. November und damit mit der Geschichte der deutschen Teilung sowie ihrer Überwindung verbunden ist.

Sie schreiben in Ihrem Antrag zu Recht, dass die Erinnerung an DDR-Unrecht eine gesamtdeutsche Aufgabe ist. Das ist so, aber genauso ist die Erinnerung an die Bürgerrechtsbewegung und die friedliche Revolution eine gesamtdeutsche Aufgabe. Es sollte ein gesamtdeutsches Symbol für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung sein, ausgehend von den friedlichen Protesten und dem Aufbruch der Menschen in Ostdeutschland als Beitrag zu unserer gesamtdeutschen Demokratie und auch im Kontext der europäischen Demokratie und Freiheit.

Ich hätte mir gewünscht, dass auch das einen breiteren Platz in Ihrem Antrag einnimmt, denn es geht um die Frage, diesen Akt der friedlichen Revolution für Demokratie und Freiheit, der durch die Menschen in der ehemaligen DDR mutig auf die Straße getragen wurde, als gesamtdeutschen Beitrag für unsere Demokratie zu würdigen – auch und gerade durch uns als Westdeutsche.

Die deutsche Teilung und ihre Überwindung haben einen festen Platz in unserer Erinnerungskultur, und doch ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir politische und historische Bildung selbstverständlich auch mit Leben füllen müssen.

Das gilt genauso für historische Orte: nicht einfach nur einen Ort zu haben, der nicht auch mit Leben und Veranstaltungen gefüllt wird, sondern ihn zu einem Ort der Begegnung zu machen, was mit der Entscheidung ist. Sie haben gerade angedeutet, dass das der Plan ist.

Es ist gut, dass Sie das Betonsegment der Berliner Mauer aufwerten wollen, denn es ist auch unsere Geschichte und unsere Erinnerung, genau hier im Bereich unserer Demokratie. Dabei darf es aber nicht stehen bleiben, denn das Entscheidende ist doch, dass wir Erinnerung und Erinnerungskultur mit Leben, Auseinandersetzung und Begegnung füllen.

Das darf nicht erstarren – weder in Beton noch in Ritualen. Deshalb werden wir uns enthalten, aber beobachten selbstverständlich weiterhin sehr wohlwollend, was damit passiert und wie die Konzeptionierung weiter ausgestaltet werden soll.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass die CDU- und die FDP-Fraktionen nun auch bereit sind, der Verbrechen zu gedenken, die im Namen des Sozialismus über die Welt und eben auch über Deutschland hereingebrochen sind. Das Mauersegment als Symbol für die fürchterlichen Verbrechen des Sozialismus eignet sich selbstverständlich sehr, eine Mahnung für die Politiker, die hier im Landtag arbeiten, und die Bürger zu sein.

Ein Rätsel bleibt es mir allerdings, warum Sie einen fast gleichlautenden Antrag der AfD-Fraktion, den ich hier am 1. Juli eingebracht und vorgestellt hatte, abgelehnt haben. Sei's drum, wenn Sie ein paar Monate später zur Einsicht kommen, dann ist uns allen ja geholfen. So begrüßen wir von der AfD-Fraktion Ihren Antrag und freuen uns, dass unser Gedanke aufgenommen und umgesetzt wird und so eine Spezifizierung erfahren hat.

Das Segment der Berliner Mauer, das das Geschenk einer großen Boulevardzeitung an das Land NRW ist, trägt mit Weiß und Rot auch die Farben des Logos dieser Zeitung. Graffiti-Künstler sprühten und malten mit viel bunter Farbe gegen jenes Grau an, das die bestimmte Farbe des sozialistischen Unrechtsstaates war.

Die in Rot gehaltenen tropfenartigen Formen kann man als Andeutung für das vergossene Blut jener Opfer interpretieren, die nur durch Flucht dem Grauen der sozialistischen Gewaltherrschaft zu entkommen versuchten, erschossen durch zum Dienst gezwungene Grenztruppen, in die Luft gejagt durch Landminen, zerfetzt durch Selbstschussanlagen – und alles nur mit dem einen Ziel, nämlich die Menschen unter die sozialistische Ideologie zu zwingen, sie in ein Kollektiv einzuordnen und sie ihrer Freiheit zu berauben.

Aber dieser Mauerrest ist nicht nur ein Zeichen für Unrecht, Gewalt und Unterdrückung in Deutschland, sondern steht symbolhaft für eine ganze Epoche der Freiheitsbeschränkung und für eine ganze Philosophie der Staats- und Gesellschaftsordnung, die nicht den Menschen, nicht das Individuum in das Zentrum stellt, sondern ihn entmündigt und kollektivistisch in einer grauen Masse verschwimmen lassen will. So lesen wir den Text auf einer Infotafel zum Mauerrest – ich zitiere –: Ihre Teile sind ein Mahnmal für Freiheit und Selbstbestimmung, aber auch ein Mahnmal für die immerwährende Gefährdung.

Wenn Sie sich das zu Herzen nehmen und sich die Mühe machen, die augenblickliche gesellschaftliche Entwicklung zu betrachten, dann werden Sie feststellen, dass Sie heute im Jahr 2021 wieder in einer

Zeitepoche leben, in der die Freiheit stark gefährdet und der kollektivistische Gedanke die Oberhand in unserem Staat zur übernehmen droht.

Kennzeichnend hierfür ist der Eifer, mit dem Menschen in diesem Land angegriffen, diffamiert und bedrängt werden, die sich entschieden haben, sich nicht mit einem der angebotenen Impfstoffe gegen COVID-19 impfen zu lassen. Was muss ein bekannter Fußballer durchmachen, dem man einfach die freie Entscheidung abspricht? Er kann sich auf Fachleute, die eben die Gefährlichkeit der angebotenen Impfstoffe seriös und nachvollziehbar darlegen, und auf die zahlreichen Nebenwirkungen und möglicherweise Sterbefälle nach Impfungen, die ja verheimlicht werden, sowie auf die offenbare Wirkungslosigkeit des Impfstoffes beziehen, die die Skepsis gegen die Impfung stützen. Wir müssen jetzt wieder nachimpfen, boostern. Ich glaube, Herr Wieler hat gesagt: lebenslang.

Die einseitige manipulative Information aus dem öffentlichen Rundfunk und der Presse, der partielle Ausschluss von ungeimpften Personen vom öffentlichen Leben, das Aufhetzen der Menge gegen ungeimpfte Personen mit dem Hinweis auf Steuergelder, die man für Ungeimpfte ausgeben müsse, treiben die Spaltung der Gesellschaft voran.

Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass für Tests und Impfstoffe Milliarden ausgegeben wurden. Die gleiche Masche werden Sie bei der sogenannten Energiewende anwenden, die natürlich keine Energiewende ist, sondern ein Verarmungsprogramm Deutschlands.

Nein, die Bundesrepublik Deutschland ist keine DDR, und auch nicht mit einem der früheren diktatorischen Staaten gleichzusetzen. Aber in der Geschichtswissenschaft betrachtet man die Analogien zwischen den einzelnen Gesellschaften und erkennt dabei anthropologische Konstanten des menschlichen Handelns. Deshalb verstehen wir ja heute noch Platons Schriften, die Bibel, Machiavellis Discorsi und natürlich viele andere Schriften aus der Vergangenheit wegen dieser anthropologischen Konstanten, die sich einfach nicht ändern, und die wir aus heutiger Sicht nachvollziehen können.

So kann man auch am Handeln heutiger Politiker erkennen, dass sie heute wieder, natürlich auf eine völlig andere Art, unterwegs sind, die Menschen ins Kollektiv zu zwingen. Viele Menschen spüren, dass ihre Freiheit und Selbstbestimmung nach wie vor gefährdet ist. Deswegen bin ich Ihnen wirklich dankbar, dass Sie dieses Symbol der Unterdrückung in den Vordergrund rücken wollen. Wir müssen wirklich vorsichtig sein, dass wir nicht wieder in irgendwelche kollektivistischen Vorstellungen zurückfallen und die Freiheit der Menschen beschneiden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen jetzt das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Berliner Mauer war ein für alle sichtbares Zeichen des Unrechtstaats DDR, der die Freiheit und Selbstentfaltung der Menschen systematisch unterdrückt hat.

Auch nach dem Mauerfall 1989 repräsentiert sie in besonderer Weise die Unmenschlichkeit des DDR-Regimes und das Leid der Menschen, die ihren Versuch, aus der DDR zu fliehen, mit dem Leben bezahlt haben. Daran zu erinnern, besonders an das Schicksal der Opfer und daraus zu lernen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verpflichtung für uns alle.

Die Landesregierung widmet sich dieser Aufgabe in vielfältiger Weise. So ist etwa die Landeszentrale für politische Bildung in der Arbeit mit Zeitzeugen engagiert – eine Forderung, die Sie, Herr Bialas, gestellt hatten, die aber wirklich schon erfüllt wird. Sie stellt Publikationen zur Geschichte der DDR, zum Schicksal der Menschen in der DDR und zur friedlichen Revolution 1989 bereit oder nimmt im Rahmen von Veranstaltungen auf die DDR und die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Geschichten Bezug. Das ist ein Thema, was in vielfältiger Weise dort bearbeitet und auch mit Veranstaltungen verbunden wird.

Im öffentlichen Raum sind es die nach dem Mauerfall 1989 abgebrochenen Segmente der Berliner Mauer, die übrigens weltweit zu Orten der Erinnerung geworden sind. Die Erhaltung und Aufwertung dieses Betonsegments der Berliner Mauer, welches hier unmittelbar in unserer Nähe öffentlich zugänglich ist, kann auch dazu beitragen, die Erinnerung an die DDR, an das DDR-Unrechtsregime und das DDR-Unrecht wachzuhalten und der Opfer zu gedenken. Insofern meine ich, dass die Zeitzeugenarbeit und alle anderen historischen Aufklärungsarbeiten überhaupt nicht im Gegensatz, sondern komplementär zu diesem speziellen Ort stehen, an dem man sich in besonderer Weise erinnern kann und erinnert wird.

Deswegen begrüßen wir auch den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP, der einmal mehr zur wichtigen Erinnerung und Mahnung an das DDR-Unrecht sowie zur Würdigung der Opfer beitragen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen

nicht vor. Damit kann ich die Aussprache Tagesordnungspunkt 2 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Inhalt des gerade debattierten Antrags zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die beiden antragstellenden Fraktion CDU und FDP, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Die Stimmenthaltungen – sind wie angekündigt bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15457** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

3 Mehr Engagement für bezahlbaren Wohnraum – Stumpfe Schwerter Mieterschutzverordnung und Wohnraumstärkungsgesetz schärfen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15464

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15497

Die Aussprache eröffnet für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Becker.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie passend: Es ist kurz vor zwölf – nicht nur tatsächlich hier im Plenarsaal, sondern auch bildlich in der Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen. Hier amtiert, selbstgerecht und selbstzufrieden, eine Landesregierung, für die die wohnungsbaupolitische Welt schlicht und einfach in Ordnung zu sein scheint.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung am Mittwoch doch noch kurz vor Schluss einige Worte zur Wohnungsbaupolitik gefunden: 3D-Drucker sollen es offenbar richten und fehlende Wohnhäuser drucken. Die Ministerin spricht in den Medien einmal von 200.000, einmal auch nur von 165.000 Wohnungen, die sich in NRW im Bau befänden oder wenigstens genehmigt seien. Damit sei klar: Alles werde gut.

Die regierungstragenden Fraktionen legen heute einen Entschließungsantrag vor, für den ich im Grunde sehr dankbar bin, weil er wirklich die Alternativen zwischen Ihnen und uns mehr als deutlich macht.

(Beifall von der SPD)

Aber Sie liefern mit diesem Entschließungsantrag eben auch einen eindrucksvollen Beweis politischer

Selbstbeweihräucherung. Hierzu veranstalten Sie Zahlenspiele, die ebenso leicht durchschaubar wie falsch sind.

Gemeint als Beleg für den Erfolg ihrer Politik, schreiben Sie in Ihrem Antrag – ich zitiere: „Im Jahr 2020 genehmigten die nordrhein-westfälischen Bauämter 61.849 Wohnungen.“ – Wie Sie auf diese Zahl kommen, weiß ich nicht. Im statistischen Bericht von August 2021 hat IT.NRW für 2020 nämlich nur 60.942 Baugenehmigungen für Wohnungen gezählt.

Aber selbst wenn wir Ihre Zahl 61.849 zugrunde legen, haben Sie immer noch 2.438 Baugenehmigungen für Wohnungen weniger erteilt, als IT.NRW für das letzte volle Jahr 2016 des Bauministers Groschek gezählt hat, nämlich 64.287.

Ich will festhalten: Im letzten vollen Amtsjahr von Rot-Grün wurden rund 2.500 Baugenehmigungen mehr erteilt, als Schwarz-Gelb es in seinen anschließenden Regierungsjahren jemals erreicht hat. 2.500 Baugenehmigungen weniger – trotz Entfesselung, trotz Beschleunigung, trotz Vereinfachung. Ich finde, das sollte Sie eher nachdenklich stimmen, als weiter von einem Klima für Neubau zu faseln.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, werden Sie wach! Die Lage am Wohnungsmarkt wird nicht besser; sie wird schlimmer. Die Mieten sind in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter. Die Wohnungsnot frisst Einkommen und Kaufkraft. Sie kostet Wohlstand und verschärft soziale Ungleichheit.

Die Menschen haben Wohnungsangst, weil die Wohnungsbaupolitik dieser Regierung ein einziges Versagen ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dabei erwarten die Menschen etwas anderes. Weit über 80 % der Menschen erwarten mehr Investitionen in bezahlbaren Wohnungsbau. Weit über 65 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten einen stärkeren Mieterschutz, damit die Mieten nicht weiter steigen.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Wir fordern Sie auf: Zeigen Sie mehr Engagement für bezahlbaren Wohnraum und Mieterschutz! Machen Sie die Schwerter scharf, die Ihnen dieses Parlament zur Verfügung gestellt hat und fallen Sie nicht hinter die Standards zurück, die Ihnen die Bundesregierung in der Großen Koalition ermöglicht hat!

Es kann doch nicht sein, dass es zur Umsetzung des Wohnraumstärkungsgesetzes ein halbes Jahr nach Inkrafttreten noch untergesetzlicher Regelungen und eines aktualisierten Projektleitfadens bedarf, um es für die Kommunen vor Ort anwendbar zu machen.

Es kann doch nicht sein, dass die Bauministerin des größten Bundeslandes bei der Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes abwarten will, was andere Bundesländer machen. Sie muss doch vorangehen und die Möglichkeiten für mehr bezahlbaren Wohnraum nutzen. Sie sollten sich an die Spitze der Bewegung setzen.

(Beifall von Christian Dahm [SPD] und André Stinka [SPD])

Dazu gehört selbstverständlich, dass die Gebietskullissen der Wohnraumförderung und der Mieterschutzverordnung harmonisiert – ich sage sogar: verbreitert – werden müssen. Denn Wohnraumförderung und Mieterschutzverordnung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, nämlich: bezahlbarer Wohnraum für Nordrhein-Westfalen.

Steigen Sie von der Bremse! Unser Land braucht auch in der Wohnungspolitik kein „Weiter so“, sondern einen sozialen Neustart für die vielen. Wir bitten um Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schruppf.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verbliebene Kolleginnen und Kollegen der SPD! Unser Ministerpräsident hat am Mittwoch völlig richtig festgestellt: Ängste lähmen und Ängste spalten. – Das ist eine eigentlich simple Botschaft, hinter der sich doch alle Demokratinnen und Demokraten versammeln sollten.

Daher mussten wir mit einiger Fassungslosigkeit jüngst in der Social-Media-Kampagne der SPD lesen – ich zitiere –:

In Nordrhein-Westfalen greift eine Angst um sich – die Angst, sich die Miete nicht mehr leisten zu können.

(Christian Dahm [SPD]: Das stimmt auch!)

Nun sind Social-Media-Redakteure im Idealfall kreative Köpfe. Es mag sein, dass sie die sprachliche Analogie zu den Eingangszeilen des Kommunistischen Manifests für besonders originell gehalten haben.

Aber dennoch bleibt eine Tatsache bestehen: Mit Ihrer Kampagne, in die sich dieser Antrag und auch die Rede von Ihnen, lieber Kollege Becker, einreihen, schüren Sie Ängste der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit (SPD): Realitätsverlust!)

Wer Angstgefühle herbeiführt, macht damit eine subjektive Lage zum Faktenersatz. Da ist der Schritt zu Fake News nicht mehr weit.

(Christian Dahm [SPD]: Oh!)

Damit bedient sich die SPD der Mittel derjenigen politischen Kräfte, mit denen sie doch zu Recht nicht verglichen werden will.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Angst vor Wohnungsverlust, Sorge vor Jobverlust oder Fremdenhass zu schüren, ist immer Tummelplatz der politischen Ränder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wenn Sie mit Kampagnen wie dieser solche Methoden hoffähig machen, droht die Abgrenzung zu ebendiesen Rändern nachhaltig zu verwischen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das kann doch von niemanden ernsthaft gewollt sein.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, der Antrag hier beinhaltet nichts Neues, sondern fasst vieles zusammen,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist unglaublich!

was wir bereits in anderen im parlamentarischen Verfahren befindlichen Anträgen stehen haben.

Aber deshalb möchte ich auf jeden Fall darauf eingehen,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

dass sich die tatsächliche Lage im Land völlig anders darstellt ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Schruppf ...

Fabian Schruppf (CDU): Alles gut!

... als die politisch gewollte Schwarzmalerei der SPD.

Denn sofort nach dem Regierungswechsel 2017 haben wir Maßnahmen für mehr Wohnraum in allen Segmenten des Marktes ergriffen. So haben wir ein Klima für den Neubau geschaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dafür haben wir das Baurecht modernisiert und entbürokratisiert. Damit haben wir Investitionsanreize gesetzt. Wir haben die Landesbauordnung neu gefasst, den Landesentwicklungsplan zukunftsfest gestaltet, die Landesinitiative Bau.Land.Leben auf den Weg gebracht und die öffentliche Wohnraumförderung mit einem Rekordvolumen von jährlich 1,1 Milliarden Euro und zeitgemäßen Förderkonditionen aufgestellt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Dabei haben wir zugleich die Eigentumsförderung des Landes revitalisiert, die unter der Vorgängerregierung brachlag.

(Christian Dahm [SPD]: Wie viele Eigenheime waren das noch in diesem Jahr?)

Neben attraktiven Förderkonditionen hilft das Programm „Jung kauft alt!“ insbesondere jungen Familien bei der Bildung von Eigentum. Und Eigentum bedeutet Sicherheit für heute und für morgen.

(Christian Dahm [SPD]: 1,1 pro Stadt?)

Ob eigene Wohnung, Doppelhaushälfte oder Einfamilienhaus: Wir werden die Eigentumsbildung gerade für Familien weiter erleichtern und in den Fokus unseres Handelns rücken.

(Beifall von der CDU und von Stephen Paul [FDP] – Christian Dahm [SPD]: 1,1!)

Doch ohne bezahlbares Bauland gibt es keinen bezahlbaren Wohnungsbau und erst recht keine bezahlbaren Mieten. Baulandentwicklung ist und bleibt daher eine der dringlichsten Aufgaben. Wir haben dazu alle Unterstützungsangebote, Initiativen und Aktivitäten zur Mobilisierung von Bauland erstmals unter einem gemeinsamen Dach gebündelt und unterstützen Kommunen und Grundstückseigentümer, Bauland zeitnah und nachfragegerecht zu entwickeln.

(Beifall von der CDU)

Wir werden die Ausweisung von Bauland weiter vereinfachen sowie Planungsverfahren weiter beschleunigen und digitalisieren. Wir haben das Wohngeld erhöht und eine neue Mieterschutzverordnung verabschiedet. Diese schützt Mieter da, wo es notwendig ist, und baut gleichzeitig unnötige staatliche Regulierung da ab, wo sie Investitionen hemmt und den Mieterinnen und Mietern eben nicht nützlich ist.

(Christian Dahm [SPD]: Auch in Bielefeld, Paderborn, Aachen?)

Allein im Jahr 2020 sind über 1 Milliarde Euro Fördermittel für über 6.800 Wohnungen bewilligt worden. Aktuell sind fast 170.000 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen im Bau oder genehmigt. So ist es gelungen, den Trend wegbrechender öffentlich geförderter Wohnungen zu stoppen und den Bestand bei rund 450.000 zu stabilisieren.

2019 und 2020 waren Rekordjahre in Bezug auf die Anzahl von erteilten Baugenehmigungen, neu gebauten Wohnungen und Gesamtwohnungen in Nordrhein-Westfalen.

Mit unserer intensiven Bauförderung konnten wir letztlich auch die Entwicklung der Mieten stabilisieren.

Auch die Wohnungsmarktprognose bis zum Jahr 2040 zeigt, dass der eingeschlagene Weg richtig war.

(Lachen von Christian Dahm [SPD] – Christian Dahm [SPD]: Wer sagt das denn?)

Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Den Antrag und erst recht die Angstmacherei der SPD brauchen wir dazu ganz sicher nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schrumpf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich gleich dem Kollegen Paul für die Fraktion der FDP das Wort gebe: Bei aller Aufgeregtheit der Debatte haben wir die Ehre, auf der Besuchertribüne des Landtags den Staatsminister des Staates Katar, den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter des Staates Katar in Deutschland, Seine Exzellenz Scheich Abdulla Mohammed S. A. Al-Thani, begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen!

(Beifall von allen Fraktionen)

Jetzt hat Kollege Paul für die Fraktion der FDP das Wort. Bitte sehr.

Stephen Paul^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat eine Befragung durchführen lassen. Diese ergibt ein Bild, das ich erwartet habe. Viele Menschen wünschen sich, dass die Landesregierung mehr in bezahlbaren Wohnraum investieren soll. Ich fühle uns von der NRW-Koalition durch dieses Ergebnis bestätigt. Denn es ist genau unsere Absicht, so viel wie möglich in mietpreisgebundenen Wohnungsbau zu investieren.

Deswegen stehen ja mehr Fördermittel bereit, als überhaupt abgerufen werden. Kein gutes Wohnungsbauprojekt in Nordrhein-Westfalen scheitert an fehlender Landesförderung. Es ist genug Geld da.

Über 1 Milliarde Euro sind im vergangenen Programmjahr abgerufen worden. Es gibt einen Rekordstand von über 9 Millionen Wohnungen bei uns in Nordrhein-Westfalen. Mancherorts merkt man das gar nicht so, weil immer mehr Leute nur zu zweit oder alleine wohnen.

Um baureifes Bauland zu gewinnen, engagiert sich unser Land wie nie zuvor an der Seite seiner Städte und Gemeinden. Wie nie zuvor vereinfachen wir das Baurecht und erleichtern das Bauen. Wie nie zuvor unterstützt das Land die technische Innovation beim Bauen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Historisch!)

Wir tun alles, damit noch mehr Bürgerinnen und Bürger unseres Landes im Eigenheim leben können. Genau so machen wir weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Kölner wissen gar nicht, wohin mit den Wohnungen!)

Man spürt schon heute: Das Bauen und Wohnen ist eines der beherrschenden Themen unserer Zeit. Wie immer gibt es in der Politik Typen, die sich interessiert an die Lösungen machen, um den Menschen zu helfen und die Verhältnisse zu verbessern. Dann gibt es die anderen Politikertypen, die erst einmal heiß darauf sind, aus den aktuellen Problemen Profit zu ziehen und Ängste zu befeuern.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Das habt ihr nie gemacht!)

„In NRW herrscht Wohnungsangst“ – so titelte noch diesen Dienstag die SPD-Landtagsfraktion. Ich kann dazu nur sagen: Wenn man nicht genug überzeugende und in der Realität wirksame eigene Lösungen hat, dann kann man ja versuchen, sich auf den Verkauf von Problemen zu beschränken.

Doch schon in den 70er-Jahren wusste man: „Angst essen Seele auf.“ Der begnadete deutsche Regisseur Rainer Werner Fassbinder brachte es doch mit seinem Film auf den Punkt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Der würde sich im Grab umdrehen, wenn er das hören würde!)

In der Politik war und ist Angst und Stimmungsmache sowieso kein guter Ratgeber, um Herausforderungen zu meistern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Mit Misstrauen gegen Vermieter ist noch keine neue Wohnung auf den Markt gekommen.

Fast wie, um einen Beleg zu liefern, wie ungeeignet dirigistische Maßnahmen am Wohnungsmarkt sind, hatte die SPD-Fraktion zu ihrer Pressekonferenz am Dienstag eine Schauspielerin aus Berlin eingeladen. Die Schauspielerin Berit Künnecke spielte in einem im Sommer ausgestrahlten „Tatort“ aus Berlin mit. Darin spielte sie eine Alleinerziehende mit drei Kindern auf der Wohnungssuche in Berlin. Sie sollte gewissermaßen als Kronzeugin für Sie und Ihre Wohnungspolitik hier bei uns in Nordrhein-Westfalen auftreten.

Dabei haben Sie wohl ganz übersehen, dass es die linke Wohnungspolitik in Berlin ist, die dort den Wohnungsmarkt in jüngster Zeit völlig zum Erliegen gebracht hat. Die Verzweiflung vieler echter Wohnungssuchender in Berlin steht wie ein Sinnbild für das Scheitern einer Wohnungspolitik, die auf

Vorschriften, auf Mietendeckelung und auf Umwandlungsverbote setzt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist eine Bestätigung unseres besseren mieterfreundlichen und investitionsfreundlichen Ansatzes in Nordrhein-Westfalen. – Ich bitte um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Abgeordneter Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen uns zwei Anträge vor, einer von der SPD und einer von den regierungstragenden Fraktionen. Bei der SPD kann man lesen, wie schlimm alles ist, und bei CDU und FDP kann man lesen, wie unglaublich gut organisiert alles ist.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Jeder, der einen realistischen Blick auf die Wohnungsmarktsituation in Nordrhein-Westfalen hat, weiß, dass die Wahrheit, die meistens dazwischen liegt, auch in diesem Fall dazwischen liegt – wobei vieles, was die SPD in ihrem Antrag thematisiert und beschreibt, jedenfalls im Forderungsteil, unsere Unterstützung hat.

Trotzdem: Es ist noch ein gutes halbes Jahr bis zur Landtagswahl. Ich habe jetzt gelernt, dass die Wohnungsbaupolitik ein zentraler Schwerpunkt im Landtagswahlkampf der Sozialdemokratie sein wird. Das ist grundsätzlich nicht zu kritisieren. Dass wir uns aber hier kontinuierlich mit Anträgen befassen, die wir schon dreimal diskutiert haben, und das am Freitagmittag wieder tun ...

(Christian Dahm [SPD]: Jedes Plenum!)

Es ist nicht verboten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das, was jetzt vorgelegt worden ist, ist aber ... Stephen Paul hat gerade einen Film zitiert. Ich würde in dem Fall „Im Westen nichts Neues“ sagen. Im Übrigen bin ich nicht ganz sicher, ob Rainer Werner Fassbinder mit dem Zitat einverstanden gewesen wäre. Aber das ist ein anderes Thema.

Jetzt kommen wir zur konkreten Situation und zu den Punkten im Antrag. Bei den Forderungen der SPD teilen wir die Frage der notwendigen Harmonisierung der unterschiedlichen Gebietskulissen und die Frage – das haben wir auch kritisiert; wir haben das mehrfach kritisiert – der entsprechenden Verordnungen des Landes. Wir kritisieren weiterhin, dass die Kurzzeitvermietung nicht auf acht Wochen begrenzt wurde – das ist vielfach gefordert worden –, sondern bei zwölf

Wochen liegt. Wir meinen, dass das Mietspiegelrecht reformiert werden muss.

Meine Frage an die Ministerin, die gleich noch sprechen wird, lautet: Wann gibt es im Bereich der IT-Systeme denn den Leitfaden für die Umsetzung des beschlossenen Wohnraumstärkungsgesetzes? Diese Frage wird häufig gestellt, weil das in den entsprechenden Verbänden, in den Wohnungsbaugenossenschaften etc. unklar ist. Es wäre gut, wenn die Ministerin heute die Chance nutzen würde, Orientierung zu geben. Das haben wir hier mehrfach angesprochen – Stichwort: Leitfaden und einheitliches IT-System für die Kommunen zur Umsetzung des Wohnraumstärkungsgesetzes.

Aus grüner Sicht wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, ein neues Gutachten für die Gebietskulissen auf den Weg zu bringen. Denn das aktuelle Gutachten ist eindeutig nicht mehr der Zeit angemessen. Jedenfalls sollte man das prüfen, damit einmal die tatsächliche Situation der unterschiedlichen Wohnungsmärkte eruiert und dargestellt wird. Das bisherige Gutachten der Landesregierung ist in dem Fall unzureichend und steht deswegen auch in der Kritik. Jedenfalls ist das unsere feste Überzeugung. Das wird ja auch im Antrag der SPD entsprechend angesprochen.

Dann wird man sich fragen müssen, ob nicht eine einheitliche Gebietskulisse künftig Sinn macht und dann die Felder entsprechend zusammengeführt werden. Wir haben bisher weiterhin getrennte Gebietskulissen. Das wird vielfach moniert und kritisiert.

Auch hier frage ich die Landesregierung bzw. die zuständige Ministerin, ob eine einheitliche Gebietskulisse, die die entsprechenden Felder zusammenführen würde, nicht mehr Sinn machen würde als die jetzige Situation.

Aktuell gucken wir natürlich gespannt nach Berlin, was sich in den Koalitionsverhandlungen tut, gerade mit Blick auf die Frage der Mittelzuweisungen seitens des Bundes und die Frage der Energieeinsparverordnung. Das haben wir ja hier im letzten Plenum schon kritisiert. Da erhoffen wir uns natürlich Verbesserungen. Wir werden hoffentlich am Ende des Monats mitbekommen, ob SPD, Grüne und FDP in Berlin zu einer vernünftigen Vereinbarung kommen.

Alles das sind, wenn man fragt, wofür wir heute diese Debatte führen, aus meiner Sicht die Fragen, die sich konkret stellen.

Zum Entschließungsantrag der CDU: Das kann man machen, wenn man die Welt in rosaroten Farben zeichnen möchte. Wir wissen, dass die Grautöne unterschiedlich sind. Die Zahlen der unter der jetzigen Koalition fertiggestellten Wohnungen und genehmigten Wohnungen liegen nicht weit von dem entfernt, was unter Rot-Grün passiert ist.

Alle, die mich kennen, wissen, dass ich immer für Realismus werbe und nicht sage: Solange man regiert, ist immer alles wunderbar – das liest man aus dem Antrag der jetzigen Koalition –, und kaum ist man in der Opposition, ist es immer ganz schlimm und muss alles zugespitzt werden. – Vielmehr liegt die Wahrheit in der Mitte. Es muss viel getan werden.

Ich würde mich freuen, wenn die Ministerin die Fragen, die ich eben gestellt habe, in ihrer Rede beantworten würde. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit und allen nachher ein schönes Wochenende!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Tritschler für die Fraktion der AfD das Wort.

Sven Werner Tritschler^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben fehlerfrei erkannt, dass das Wohnen vielerorts zu teuer geworden ist. Wir konnten diese Erkenntnis ja auch schon auf ihren Plakaten zur Bundestagswahl bewundern. Ich vermute, dass die Serie nächstes Jahr im Mai hier fortgesetzt wird. Herzlichen Glückwunsch dazu, liebe SPD! Aber da verlässt Sie dann auch schon das Glück beim Denken oder die Ehrlichkeit.

Zu den Ursachen der Misere am Wohnungsmarkt haben Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, selbst einen ganz erheblichen Beitrag geleistet. Ich will Ihnen einmal drei Hauptgründe nennen; die Redezeit lässt leider nicht mehr zu.

Erstens: der Run auf bestimmte Städte. Es ist ja keineswegs so, dass die Mieten überall in die Höhe schießen. Eine Reihe von Städten, insbesondere die Städte im Ruhrgebiet, die Sie seit Menschengedenken herunterwirtschaften, liebe Sozialdemokraten, hat dieses Problem nicht oder zumindest nicht in diesem Maße.

Warum aber gibt es diesen Drang? Weil Sie, meine Damen und Herren, seit Jahren den ländlichen Raum vernachlässigt haben, sodass es da vieles nicht oder nicht ausreichend gibt, was der Mensch heute braucht oder will. Das beginnt beim schnellen Internet, geht über Kultur- und Bildungsangebote und endet mittlerweile sogar bei der ärztlichen Versorgung.

Es war schon immer so, dass Städte aufgrund der hohen Bewohnerdichte naturgemäß ein größeres Angebot machen konnten. Für die Menschen auf dem Land war das aber verkraftbar, insbesondere weil sie seit den 60er- und 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts mobil waren. Sie konnten sich auch mit bescheidenem Einkommen ein Auto leisten. Das hat es vor allem den Arbeitern im letzten Jahrhundert ermöglicht, den Elendsquartieren nahe an

ihrer Arbeitsstelle zu entfliehen und in neue, bessere Wohnviertel zu pendeln. Das müssen Sie nicht wissen, liebe SPD; aber so haben Carl Benz und Henry Ford vermutlich mehr für die Arbeiter getan als alle Sozialdemokraten in der Geschichte zusammen.

Inzwischen ist es Konsens unter den Altparteien und seit Jahren ja leider auch gelebte Praxis, dass das Auto wieder zu einem Luxusgut werden soll. So gesehen werfen Sie die Menschheit oder zumindest den deutschen Anteil rund 100 Jahre zurück – zurück in die Immobilität, zurück in überbezahlte Elendsquartiere und damit auch zurück in die Armut.

Zweitens. Warum werden denn Immobilien immer teurer? Das fällt ja nicht vom Himmel. Dass Investoren oder, wie Sie es vielleicht nennen würden, Spekulanten in Sachwerte fliehen, ist Ergebnis Ihrer Währungspolitik. Die Inflation, vor der wir als AfD seit 2013 warnen, ist seit Jahren da. Inzwischen können Sie sie auch nicht mehr verstecken. Man wird eben vom Gelddruck nicht reich, meine Damen und Herren. Das müsste Sie ein Blick in die deutsche Geschichte lehren.

Und es trifft die Ärmsten in unserer Gesellschaft am härtesten. Es ist die asozialste Form der staatlichen Enteignung. Denn die können ihr Geld nicht investieren, sondern verkonsumieren ihr Einkommen unmittelbar für elementare Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Kleidung oder Wohnraum.

Drittens. Sie importieren seit Jahren hunderttausendfach, ja millionenfach Menschen mit wenig Qualifikationen und wenig Geld, die günstigen Wohnraum nachfragen – und das überwiegend in den großen Städten, in denen der Wohnraum ohnehin knapp ist. Meine Damen und Herren, da brauchen Sie nicht die Augen zu rollen. Das ist nicht die Schuld der Ausländer; die machen das nur, weil die meisten von uns das an ihrer Stelle auch machen würden. Daran ist einzig und allein Ihre Politik schuld – eine Politik, die sich sozial nennt und in Wahrheit auf Kosten der Ärmsten in unserer Gesellschaft geht.

(Beifall von Uta Opelt [AfD])

Sie könnten sich diese Fehler nun alle eingestehen. Aber das wäre unangenehm und würde ein Umdenken, ja überhaupt ein Denken voraussetzen, und damit sind Sie offensichtlich überfordert. Also suchen Sie sich Sündenböcke, zum Beispiel Eigentümer, die ihre Wohnungen über kurze Strecken vermieten, oder Eigentümer, die ihr Eigentum verkaufen wollen, oder die bösen Spekulanten. Die alle sind jetzt schuld an dem Mangel, den Sie, meine Damen und Herren, und nur Sie in den letzten Jahren verursacht haben und den Sie nun – klassisch für Sozialisten – verwalten wollen.

Durch neue Gesetze entsteht nicht ein einziger Quadratmeter neuer Wohnraum, durch neue Gesetze wird keine Miete billiger, und durch neue Ge-

setze wird es auch nicht einfacher, eine Wohnung zu finden. Helfen würde es, für bezahlbare Mobilität zu sorgen. Helfen würde es, die Grenze zu sichern und abzuschieben. Helfen würde es, die Inflationspolitik zu beenden. Helfen würde es, mehr zu bauen. Das wäre Politik für die Mieter in unserem Land – aber nicht solche Placebos. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin dem Abgeordneten Klocke sehr dankbar für die Einschätzung des Antrages der SPD, die ich vollumfänglich teile. Deshalb kann ich es zu diesem Antrag relativ kurz machen. Aber mit einigen Punkten möchte ich doch aufräumen.

Sehr geehrte Abgeordnete der SPD-Fraktion, Sie haben gerade behauptet, 2016 habe es knapp 67.000 Baugenehmigungen in Nordrhein-Westfalen gegeben, und das sei viel mehr als das, was die Landesregierung heute darlegt.

Die spannende Frage ist doch: Woher kam eigentlich dieser Wert von 2016? Diese Frage kann ich Ihnen beantworten. Der Wert von 2016 kam aus den Wohnheimen. Man glaubt es kaum! Denn 2016 war das Jahr, in dem die Flüchtlingswohnheime gebaut wurden, und zwar aus der öffentlichen Wohnraumförderung.

An der Zeitreihe der Baugenehmigungen für Wohnheime sieht man sehr deutlich: 2012 wurden 45 Wohnheime genehmigt, 2013 wurden 55 Wohnheime genehmigt, 2014 wurden 40 Wohnheime genehmigt, 2015 wurden 62 Wohnheime genehmigt, und – jetzt kommt es – 2016 wurden 231 Wohnheime genehmigt.

Wenn Sie möchten, dass die Bürgerinnen und Bürger in Wohnheime einziehen, und der Auffassung sind, über Wohnheime das Mieten- und Wohnproblem in Nordrhein-Westfalen lösen zu können, dann tun Sie mir wirklich leid, weil das nicht sachgerecht ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Völlig daneben! – Marlies Stotz [SPD]: Das ist doch zynisch!)

Aber Sie versuchen immer wieder, die Werte der Jahre 2014, 2015 und 2016 zur Begründung Ihrer Politik heranzuziehen.

(Andreas Becker [SPD]: Niveaulos! – Weitere Zurufe – Andreas Becker [SPD]: Aber Ihr Niveau! Das stimmt!)

Damit dies wirklich faktenbasiert und vergleichbar wird, empfehle ich Ihnen: Rechnen Sie aus der öffentlichen Wohnraumförderung diejenigen Bewilligungen heraus, die auf Flüchtlingsunterkünfte entfallen. Dann wird es vergleichbar, und dann sehen Sie, was das Ergebnis Ihrer letzten Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen ist.

(Andreas Becker [SPD]: Selbst dann sind es mehr! – Zuruf von Marlies Stotz [SPD])

Sie können dem Bericht der NRW.BANK, der Sie vermutlich Vertrauen schenken, entnehmen, dass die Bautätigkeit 2019 den höchsten Wert seit 2005 angenommen hat.

Das bekommen Sie nur mit einer Politik hin, die den Muff der Vorgängerregierung von SPD und Grünen herausgenommen hat, die modernisiert hat, die Freiheiten eingezogen hat und die Förderinstrumente konsolidiert und näher an den Märkten ausgerichtet hat.

(Nadja Lüders [SPD]: Das scheint ja gut zu klappen!)

Deswegen haben wir auch 2020 über 1 Milliarde Euro für öffentliche Wohnraumförderung bewilligen können und stellen fest: Die Instrumente greifen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Nadja Lüders [SPD]: Wollen Sie etwa sagen, es wäre alles gut in diesem Land?)

Des Weiteren stellen wir fest – das wundert ja auch nicht –: Ihr Credo insbesondere als SPD ist immer der staatliche Eingriff in den Markt, wie Sie es auch heute wieder vortragen. Ob es die Preise, das Angebot oder Umnutzungen betrifft – es sind immer staatliche Eingriffe in den Markt. Diese sind für Sie Ausdruck eines starken Staates. Ich sage Ihnen ganz offen: Das ist eher Ausdruck eines schwachen Staates, dem nichts dazu einfällt, wie man langfristig zu einem Mehr an Wohnraum kommt.

Vor diesem Hintergrund hätte ich liebend gern das Baulandmobilisierungsgesetz mit den Änderungen genommen, die wir aus Nordrhein-Westfalen und vielen anderen Ländern vorgetragen hatten.

(Christian Dahm [SPD]: Dann machen Sie das doch!)

Wir wollten nämlich Freiheiten, damit wir zügiger zu bebauungsfähigen Grundstücken kommen. Wir wollten nicht noch mehr staatliche Eingriffsmechanismen, die im Wesentlichen auf Berlin ausgerichtet sind.

Wenn man eine bundesweite Wohnungsbaupolitik macht, die nur den Berliner Wohnungsmarkt vor Augen hat, verkennt man die Situation in 15 anderen

Bundesländern und kommt zu bundespolitischen Fehlsteuerungen im Baugesetzbuch des Bundes. Genau das ist auch passiert.

(Christian Dahm [SPD]: Das haben Sie selber mitverhandelt!)

Ich hoffe, dass unter Mitwirkung insbesondere der FDP diese Fehlkonstruktion im Baulandmobilisierungsgesetz auf der Bundesebene korrigiert wird, dieser Muff dort herauskommt und den Märkten in der Bundesrepublik Deutschland ein freiheitlicher Rahmen gegeben wird, damit sich Städte und Gemeinden – egal, wie klein oder wie groß – entwickeln können dürfen. Das gelingt mit dem Baulandmobilisierungsgesetz nämlich nicht.

Insofern verwundert es nicht, dass bisher nur Berlin und neuerdings auch Hamburg – also Stadtstaaten mit anderen Voraussetzungen, als Flächenstaaten sie haben – die Instrumente des Baulandmobilisierungsgesetzes nutzen.

(Christian Dahm [SPD]: Sie bleiben hinter Ihren Möglichkeiten zurück!)

Wir haben Ihnen deutlich dargelegt, warum wir der Auffassung sind, dass die Umnutzungseingriffe dem Grunde nach genau das Gegenteil dessen bewirken, was sie eigentlich tun sollen. Das können Sie in den Ihnen vorliegenden Unterlagen nachlesen.

Laut der neuesten Mietenberichterstattung, die ich Ihnen wirklich zu lesen empfehle, liegt die Mietenentwicklung im vergangenen Jahr in den Top-6-Städten der Bundesrepublik – dazu gehören Köln und Düsseldorf – unterhalb des Bundesdurchschnitts. Wir verzeichnen in den Mietmärkten sogar den schwächsten Anstieg in den letzten zehn Jahren. Begründet wird dies mit der erhöhten Bautätigkeit.

Es ist ja auch logisch. Wenn ich das Angebot ausweite, komme ich auch irgendwann zur Stabilisierung der Mieten. Teilweise verzeichnen wir in den Städten und Gemeinden sogar einen Rückgang der Mieten, der auf ein Überangebot von Wohnraum zurückzuführen ist.

Gestatten Sie mir, dass ich noch kurz auf die Fragen des Abgeordneten Klocke eingehe. Ansonsten wäre ich dankbar, wenn Sie mir diese zur Redezeitverlängerung jetzt noch einmal stellen würden, Herr Klocke.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Redezeit geht immer!)

Aber ich beantworte sie auch so.

Der Leitfaden und das IT-System sind in Erarbeitung. Auch die Rechtsverordnung zur Umsetzung des Wohnraumstärkungsgesetzes ist in der Schlussabstimmung. Das IT-System wird, wie es im Gesetz angelegt ist, pünktlich zum 1. Juli 2022 in Kraft treten.

Gerne können wir Ihnen im zuständigen Ausschuss einmal den Sachstand dazu mitteilen, welches System wir verwenden wollen. Das sage ich hier gerne zu.

Vor der einheitlichen Gebietskulisse möchte ich Sie wirklich warnen, weil die Mieterschutzverordnung und die Kulisse der öffentlichen Wohnraumversorgung zwei unterschiedliche Ansatzpunkte haben. Wenn wir diese Verordnungen miteinander harmonisieren würden, würde – nur als Beispiel – in Gelsenkirchen aufgrund eines Überangebots an Wohnraum keine Mieterschutzverordnung gelten können. Wenn ich die öffentliche Gebietskulisse drauflege, bedeutet das, dass ich in Gelsenkirchen nie mehr einen hoch qualitativen Neubau für sozial Schwache im öffentlichen Bau machen kann, weil die Renditen zu unattraktiv sind.

Dies ist nur ein praktisches Beispiel dafür, was passieren würde, wenn man diese Verordnungen zusammenlegen würde. Deshalb warne ich davor. Lassen Sie es uns so zieladäquat machen, wie wir es Ihnen vorgetragen haben. – Herzlichen Dank und natürlich auch Ihnen nachher ein schönes Wochenende!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zu den Abstimmungen, und zwar zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15464. Hier hat die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt. Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Pretzell. – Habe ich jemanden übersehen?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir haben zugestimmt!)

– Ihr habt zugestimmt?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja!)

– Okay. Gut. – Wir waren gerade bei den Gegenstimmen. Das waren CDU, FDP und AfD sowie die Kollegen Pretzell und Langguth.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Mit der AfD abstimmen, aber uns Nähe zur AfD vorwerfen! – Widerspruch von der CDU – Weitere Zurufe)

Zugestimmt ...

(Fortgesetzte Zurufe)

– Leute! Entschuldigung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind hier gerade dabei, festzustellen, wie abgestimmt wurde. – Zugestimmt haben die Kollegen der SPD und die Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Unruhe – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Damit müssten wir eigentlich fast alles haben, aber ich stelle die Kontrollfrage: Wer möchte sich der Stimme enthalten? – Niemand. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/15464 abgelehnt** wurde.

Wir lassen nun zweitens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15497. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Pretzell. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Kolleginnen oder Kollegen, die sich der Stimme enthalten möchten? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Dann stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/15497** der Fraktionen von CDU und FDP mit Mehrheit **angenommen** wurde.

Ich hoffe, keine Abstimmung übersehen zu haben.

Ich rufe auf:

4 Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China

Große Anfrage 38
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13825

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/15313 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Kollegen Bolte-Richter das Wort.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich würde gerne zu Beginn der Debatte Ihnen, Frau Ministerin, stellvertretend für Ihr Haus und allen, denen wir mit dieser Großen Anfrage Arbeit gemacht haben, ganz herzlich danken. Es sind durchaus spannende Antworten, über die wir heute debattieren.

Die Chancen von internationalen Wissenschaftskooperationen sind unbestritten. Sie dienen nicht allein der wissenschaftlichen Erkenntnis, sondern sie dienen auch der Völkerverständigung. Sie sind geeig-

net, Menschen über Staatsgrenzen, über Kontinente hinweg zusammenzubringen, und sie können dabei helfen, für Demokratie zu werben und zu begeistern.

Das ist genau das Spannungsfeld, das uns bewogen hat, diese Große Anfrage zu stellen. Es ist ein Spannungsfeld zwischen einerseits sinnvoller Kooperation und andererseits einem Partner, dessen Regierung ein autoritäres Regime ist, das in den vergangenen Jahren eher autoritärer als demokratischer geworden ist, einem Partner also, dem wir gleichermaßen mit Dialog und Härte begegnen müssen.

Das Bundesforschungsministerium stellt zu dieser Frage fest – Zitat –: Neben fortbestehenden Chancen nehmen auch die Herausforderungen der Zusammenarbeit zu, unter anderem angesichts der Politik der sogenannten zivil-militärischen Fusion und des zunehmend von der Regierung erschwerten Zugangs zur chinesischen Zivilgesellschaft.

Damit sind die Herausforderungen umrissen. Die Länder sind zuständig, sich darum zu kümmern, schließlich liegen die Hochschulen in unserer Länderverantwortung.

Wenn wir uns nun die Antwort auf die Große Anfrage anschauen, dann sehen wir klar und deutlich, dass die Landesregierung die Probleme und die Herausforderungen, die damit einhergehen, zwar durchaus verstanden hat, es aber an einigen Stellen noch an Lösungen mangelt.

Die Konfuzius-Institute stehen beispielhaft schon seit Längerem im kritischen Fokus. Immerhin erkennt die Landesregierung inzwischen an, dass die Konfuzius-Institute eine Nähe zum chinesischen Staat und zur KPCh aufweisen, ein wohlwollendes Bild über chinesische Politik zu vermitteln versuchen und kritische Themen aussparen. Die Landesregierung fürchtet dadurch – Zitat – „eine schleichende Aushöhlung der akademischen Freiheit“.

Trotz dieser Erkenntnisse – es sind im Übrigen schon mehr Erkenntnisse, da Sie es im vergangenen Jahr, als wir im Wissenschaftsausschuss einen Bericht dazu beantragt haben, noch verneint haben – hat die Landesregierung im Nachgang zu dem von uns angeforderten Bericht zu den Konfuzius-Instituten kein Gespräch mit den Hochschulen geführt.

Wir haben erst kürzlich in Duisburg gesehen, was diese Untätigkeit nach sich zieht. Es kann nicht sein, dass Veranstaltungen, Forschungsprojekte oder Ähnliches mit China-Bezug abgeändert werden, gar entfallen, weil es Bedenken auf chinesischer Seite gibt.

29 Hochschulen in Nordrhein-Westfalen kooperieren mit chinesischen Partnern. Die Kooperationsformen sind durchaus vielfältig. Es gibt den Austausch von Studierenden und Lehrenden, Summer Schools, gemeinsame fachwissenschaftliche Konferenzen, gemeinsame Forschungsprojekte und Auftragsfor-

schung. Diese Partnerschaften sollen der Wissenschaft, der Völkerverständigung und der demokratischen Entwicklung dienen. China darf diese Kooperationen nicht für eigene Machtinteressen missbrauchen.

Hier ist die Landesregierung gefragt. Sie darf sich nicht länger unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Hochschulfreiheit wegducken. Ministerin Pfeiffer-Poensgen darf die Hochschulen auch nicht alleinlassen, wenn die Freiheit der Wissenschaft bedroht ist.

Die Landesregierung muss sich konkret engagieren. Dass Ihnen wenig einfällt, wenn es etwa um die Förderung der China-Kompetenz geht, ist bedauerlich. Auch gegen den Abfluss kritischer Technologien wird wenig getan. Da fällt Ihnen dann unter anderem ein – noch ein Zitat aus der Antwort –:

„Insofern könnten die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vertraglich ausschließen, dass Wissen ausschließlich dem Militär zufließt, indem sie sich vorbehalten, es weiter in Forschung und Lehre zu nutzen“.

Das liegt irgendwo zwischen schlechtem Scherz, organisierter Verantwortungslosigkeit und einem einfachen: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Diese Große Anfrage enthielt sicherlich ein für dieses Format etwas ungewöhnliches Spezialthema, dennoch finde ich es wichtig, dass wir sie hier bearbeiten und debattieren. Danke noch einmal für die Antworten.

Die Kooperation findet in einem wichtigen Spannungsfeld statt, das sich durchaus auch mit anderen Staaten ergibt. Achten wir also gemeinsam darauf, dass die Wissenschaftsfreiheit auch international verteidigt wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. Vielen Dank für das Einhalten der Redezeit, auch wenn die Technik uns allen hier einen Streich gespielt und nicht so funktioniert hat, wie wir das wollten. – Jetzt sollte aber alles gerichtet sein für die Kollegin Vogt von der Fraktion der CDU.

Petra Vogt (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wissenschaft lebt – national wie international – vom Austausch. Darüber sind sich wahrscheinlich die meisten hier im Saal einig.

Die Orte, an denen dieser Austausch stattfindet und wo er gelebt wird, sind unsere Hochschulen. Unsere Hochschulen sind Orte des wissenschaftlichen Austausches, der Diskussion, der Reflexion und der Weitsicht. Wo, wenn nicht an diesen Orten, können

Entscheidungen mit Weitblick getroffen werden? Das beinhaltet natürlich auch die Frage, in welcher Form der Austausch stattfinden soll.

29 von 41 Hochschulen in Verantwortung des Landes – das sind mehr als zwei Drittel – haben sich für eine Kooperation mit chinesischen Partnern entschieden. Diese Kooperationen sehen ganz unterschiedlich aus: Forschungsprojekte, Austauschprogramme, Summer Schools. – Sie haben all dies bereits in der Antwort der Landesregierung gelesen.

Wenn die Hochschulen bzw. die dort Verantwortlichen diese Kooperationen als richtig erachten, dann sollen sie sie auch unterhalten. „Sollen“ meint in diesem Fall „dürfen“. Die Hochschulen dürfen über ihre Kooperationen selbst entscheiden. Die NRW-Koalition teilt das Vertrauen der Landesregierung in unsere Hochschulen, dass diese im Rahmen ihrer Autonomie über die Weitsicht und das Verantwortungsbewusstsein verfügen, über ihre eigenen Kooperationen zu entscheiden.

Dies alles tun sie selbstverständlich im Rahmen der geltenden Gesetze, Regeln und Vorschriften sowie selbstgetroffener Beschlüsse im Rahmen der Hochschulrektorenkonferenz. Sie tun dies auch – und da bin ich mir sehr sicher – mit einer stets kritischen Haltung.

Diese kritische Haltung ist zweifellos notwendig in der Zusammenarbeit mit Institutionen aus einem Land, dessen politische Führung einen großen Teil unseres Verständnisses einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und einer unabhängigen Wissenschaft nicht teilt. So gibt es Berichte über die Überwachung von Universitäten durch den Staat und dessen Einflussnahme auf selbige.

Erst im Oktober gab es Hinweise, dass offizielle chinesische Stellen Veranstaltungen an deutschen Konfuzius-Instituten verhindert haben sollen. Solche Berichte sind besorgniserregend. Sie werden an den Universitäten sicherlich mit höchster Sensibilität wahrgenommen.

Es bedarf dazu aber nicht einer Intervention der Politik. Ich freue mich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, uns die Gelegenheit geben, erneut deutlich zu machen, dass die Fraktionen von CDU und FDP uneingeschränkt zur Hochschulfreiheit stehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Daher sage ich in aller Deutlichkeit: Wir schränken die Forschung in unserem Land nicht leichtfertig ein. Deshalb ist es richtig, dass die Hochschulen ihre Kooperationen auch mit chinesischen Partnern eigenverantwortlich, aber auch kritisch selbst gestalten. Dass dies die Hochschulen selbst auch so sehen, geht aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage sehr eindeutig hervor.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin aus der Antwort der Landesregierung:

„Seitens der Hochschulen wurde kein weiterer Bedarf für Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der China-Kompetenz der nordrhein-westfälischen Hochschulen übermittelt [...]“

Ich bin überzeugt davon, dass die Hochschulen sich ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung bewusst sind und dem entsprechend nachkommen.

Wir als NRW-Koalition haben gemeinsam mit der Landesregierung die Autonomie der Hochschulen gestärkt. Wir schätzen sie, und wir stehen auch weiterhin dazu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Kollege Bell das Wort für die SPD.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe mir vorher keine wesentlichen Eckpunkte dazu aufgeschrieben, wie ich in die Debatte einsteigen sollte, weil ich gespannt war, wie die regierungstragenden Fraktionen hier auftreten. Ich habe nämlich vermutet, dass wir die Schallplatte zum Thema „Hochschulautonomie und Hochschulfreiheit“ in der 93. Version aufgetischt bekommen. Genauso ist es passiert.

Ich finde – das möchte ich so deutlich sagen –, das wird dem Anliegen, über das wir heute diskutieren, nicht gerecht, denn es geht um ein sehr komplexes Thema. Ich darf mich an dieser Stelle bei der Landesregierung herzlich für die Beantwortung der Großen Anfrage bedanken; damit ist immer sehr viel Arbeit verbunden.

Die entscheidende Frage, die adressiert ist und die in der Großen Anfrage herauszustellen versucht wurde, ist: Gibt es Handlungsnotwendigkeiten im Umgang mit China bei den eingegangenen Kooperationen unterschiedlichster Art? – Es ist deutlich geworden, dass die zahlreichen Kooperationsformen sehr unterschiedlich sind.

Ich will zwei Punkte herausgreifen, die für mich bemerkenswert sind und von denen ich denke, dass es durchaus notwendig ist, darüber intensiver in einen Dialog einzusteigen.

Der erste Punkt betrifft die Frage nach den Konfuzius-Instituten. Matthi Bolte-Richter hat zu Recht auf die Vorgänge in Duisburg-Essen hingewiesen. Wir haben mit Blick auf die nächste Ausschusssitzung gefragt, ob sich die Einschätzung der Landesregierung zu den Konfuzius-Instituten vor dem Hinter-

grund der Ereignisse in Duisburg-Essen möglicherweise verändert hat.

Ich will aus den gemeinsamen Leitfragen zur Hochschulkooperation zitieren, die sich die Hochschulrektorenkonferenz im letzten Jahr gegeben hat. In der Fußnote 11 – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin – ist nachzulesen:

„Innerhalb der deutschen Hochschullandschaft bestehen beispielsweise unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Konfuzius-Institute, die seit 2006 an neunzehn deutschen Hochschulen angesiedelt wurden. Während einige Hochschulen keine Versuche der unbotmäßigen Einflussnahme beobachten und die Kooperationserfahrung uneingeschränkt positiv ist, haben sich andere Hochschulen dazu entschlossen, die den Instituten zugrundeliegenden Verträge auslaufen zu lassen oder zu beenden.“

– Düsseldorf als Beispiel.

Ich meine, dass diese Frage einer generellen Klärung zugeführt werden muss. Denn unstrittig ist, dass es hier Einflussnahmen des chinesischen Staats gibt und dass die Debatte in Duisburg-Essen durchaus geeignet ist, den Ruf unserer Hochschulen zu beschädigen.

Deswegen bin ich der Meinung, dass es durchaus wichtig ist, diese Frage gemeinsam mit den Hochschulen hier im Land zu diskutieren und zu bewerten, ob es sinnvoll ist, Konfuzius-Institute als An-Institute und damit als enge Kooperationspartner der Hochschulen zu definieren. Das ist letztendlich auch eine politische Frage, die wir uns stellen müssen und die wir mit unseren Hochschulen diskutieren müssen. Frau Vogt, ich sehe uns durchaus in der politischen Verantwortung, dies zu tun.

(Beifall von der SPD und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Die zweite Frage, die aus meiner Sicht diskutiert werden muss, lautet, inwieweit bei der sehr unterschiedlichen Handhabung der Prüfung der Leitfragen, die durch die Hochschulrektorenkonferenz für das Eingehen von Hochschulkooperationen und gemeinsamen Initiativen auf den Weg gebracht worden sind, Bedarf besteht, unterstützend tätig zu werden. Das fand ich auch in der Beantwortung der Großen Anfrage sehr spannend.

Mir geht es nicht um Kontrolle, Frau Vogt, aber gerade kleinere Hochschulen sind bei der Komplexität der Fragestellung nach dem, wie ich es gelesen habe, nicht immer so aufgestellt wie zum Beispiel große Hochschulen, die zum Teil sogar eine hauptamtliche Abbildung für die Kooperation mit China und die Einhaltung der entsprechenden Fragestellungen auf den Weg gebracht haben.

Seitens des Landes ist möglicherweise zu diskutieren, ob Notwendigkeiten gegeben sind, diese sehr komplexen Fragestellungen beratend zu unterstützen. Das würde ich durchaus begrüßen. Das wäre eine erstrebenswerte Initiative, die aus diesem Hohen Hause heraus angeregt werden kann.

Ich habe die Beantwortung der Großen Anfrage mit Interesse gelesen und finde, dass es lohnt, auch inhaltlich ein bisschen zu diskutieren. Hier sollte nicht zum 33. Mal dieselbe Schallplatte aufgelegt werden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bell. – Frau Abgeordnete Beihl hat nun das Wort für die Fraktion der FDP.

Daniela Beihl (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Seit der letzten Woche diskutiert eine breitere Öffentlichkeit die Zusammenarbeit der deutschen Hochschulen mit den Konfuzius-Instituten.

Die Autoren Stefan Aust und Adrian Geiges wollten ihr neues Buch über Xi Jinping an der Universität Duisburg-Essen und an der Leibniz Universität Hannover vorstellen. Diese Einrichtungen erhielten aber kurzfristig die Anweisung aus China, dass diese Veranstaltungen auf keinen Fall stattfinden dürften. Das ist aus meiner Sicht ein Skandal und nicht akzeptabel.

(Beifall von der FDP, der CDU, Dietmar Bell [SPD] und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Die so wichtige Wissenschaftsfreiheit erfordert, dass wir genau hinschauen. Ich bin daher über jeden Beitrag dankbar, der verdeutlicht, dass es sich bei den drei – vormals vier – Konfuzius-Instituten in Nordrhein-Westfalen um An-Institute bzw. eingetragene Vereine handelt und nicht um eigene Institute der Hochschulen. Und ich bin froh, dass die Universität Duisburg-Essen und ihr Ostasieninstitut die Veranstaltung trotzdem durchgeführt haben.

Die Fraktionen der Freien Demokraten in Bund und Ländern tauschen sich regelmäßig dazu aus und haben die Entwicklung der Konfuzius-Institute ganz genau im Blick. Worüber sprechen wir aber heute?

In der vorliegenden Großen Anfrage wird nach sämtlichen Kooperationen mit chinesischen Hochschulen in den letzten 20 Jahren gefragt. Ich denke, dass grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, die Zusammenarbeit mit – so nenne ich sie mal – schwierigen Partnern nicht unmöglich zu machen. Das formuliert der Fragesteller so, und das ist auch Ziel unserer Hochschulen. Es ist vielmehr zentral, für eine richtige Art und Weise, für eine freiheitliche Basis des Austauschs zu sensibilisieren. Hinter diesen Zielen haben

sich unsere Hochschulen bereits deutlich versammelt.

Die deutsche Hochschulrektorenkonferenz hat sich eigenständig und gemeinsam in ihren Leitlinien und Standards, in der internationalen Hochschulkooperation und in den Leitfragen zur Hochschulkooperation mit China zu den Werten des Grundgesetzes, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen bekannt. Diese Richtlinien sind nicht rechtlich bindend, haben aber eine Strahlkraft über die Mitglieder der HRK hinaus.

Unsere Hochschulen wissen um die herausfordernde Zusammenarbeit mit Partnern wie China. Gleichzeitig – das muss immer wieder betont werden – geht es nicht darum, deutsche oder chinesische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Generalverdacht zu stellen.

Welchen Erkenntnisgewinn bringt uns nun diese Große Anfrage? – Es bietet sich ein sehr heterogenes Bild der Kooperationen. Es gibt beispielsweise den klassischen Studierendenaustausch, Konferenzen oder auch gemeinsame Forschungsprojekte und Auftragsforschungen.

Wenig überraschend ist, dass die Hochschulen angeben, eigene Routinen und Compliance-Regeln in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zu haben, die sich in unterschiedlicher Weise aus den rechtlichen Rahmenbedingungen, den Richtlinien der DFG, aber auch aus den Leitlinien der HRK speisen.

Deutlich wird auch, dass unsere Hochschulen in NRW hochsensibel sind. Klar ist aber: Würde man nur mit solchen Ländern kooperieren, die unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte teilen, dann gäbe es nicht mehr viele Kooperationen. Darauf weist auch die Landesregierung hin.

Es ist also wichtig, weiter für dieses Thema zu sensibilisieren und die Kooperationen, die es gibt, ganz genau zu beobachten. Im Zentrum steht doch unsere Errungenschaft der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Unsere freien Hochschulen sind sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst. Gemeinsam schützen und verteidigen wir dieses hohe Gut. Ich vertraue unseren Hochschulen, dass sie mit dieser Verantwortung, mit diesem hohen Gut zuverlässig und gewissenhaft umgehen und sich der Balance aus internationaler Zusammenarbeit und unseren Werten nicht nur bewusst sind, sondern sie auch nie kompromittieren würden.

Ich sage aber auch, dass wir uns die Entwicklungen gemeinsam mit den Hochschulen als Experten und mit unmittelbar betroffenen Institutionen genau anschauen müssen.

Ob es, wie durch die vielen Fragen insinuiert, eine rechtliche Veränderung, mehr Einmischung durch das Wissenschaftsministerium und dadurch mehr Überprüfung der Arbeit unserer Hochschulen braucht, da bin ich eher skeptisch. Das MKW hat in seinen Antworten deutlich gemacht, dass es ausführliche Unterstützungsangebote von staatlicher Seite gibt und dass man als Partner jederzeit bereitsteht, wenn weitere Bedarfe von den Hochschulen angemeldet werden.

Sollte es tatsächlich Einfluss auf unsere Wissenschafts- und Meinungsfreiheit an den Hochschulen geben, muss die Zusammenarbeit beendet werden. Kooperationen mit schwierigen Partnern, ja, aber zu von uns gewählten Bedingungen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Hochschulen, aber auch im Ministerium für die Beantwortung des Fragenkatalogs bedanken. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beihl. – Als Nächster hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Kollege Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage ist lobenswert, zeigt sie doch, dass sich selbst die Kollegen und Kolleginnen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Sorgen um die Wissenschaftsfreiheit machen.

Die Antworten der Landesregierung allerdings geben wenig Auskunft über die tatsächliche Einflussnahme der chinesischen Behörden über die Konfuzius-Institute auf die deutschen Universitäten.

Es ist aber nicht unbedingt der Regierung anzulasten, dass diese Antworten so wenig aussagekräftig sind. Die Universitäten sind eben selbstständig. Fragen zu den zwischenmenschlichen Kontakten zwischen ihnen und den Vertretern der Konfuzius-Institute, zum gedanklichen Austausch und dazu, inwiefern offen oder subtil Einfluss genommen wird, kann die Landesregierung deshalb eigentlich gar nicht beantworten.

Wir müssen das jetzt in die Hände des wissenschaftlichen Personals legen, inwiefern es sich gegen eine missliebige Beeinflussung und unstatthafte Lenkung wehrt und dem Einhalt gebietet. Nur solch herausragende Geschehnisse wie jetzt an der Universität Duisburg-Essen machen sichtbar, dass es solche Einflüsse offenbar gibt.

Insofern, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, konnte diese Große Anfrage keinen wirklichen Abschluss über unstatthafte Manipulationen vonseiten

der Konfuzius-Institute geben. Man kann nur davon ausgehen, dass offizielle Vertreter eines Landes wie China, in dem die Gedanken streng gelenkt und kontrolliert werden, selbstverständlich die Agenda ihres Heimatlandes ausführen müssen. Wer daran zweifelt, dem ist nicht mehr zu helfen. Details lassen sich eben nicht in aller Schärfe herausstellen, weil die geistige Beeinflussung häufig unmerklich geschieht und nicht messbar ist.

Wenn Sie aber schon so auf Meinungsfreiheit bedacht sind – und das ist ja zu loben –, dann könnten wir vielleicht erst mal hier in Deutschland anfangen. Denn zahlreiche Wissenschaftler deutscher Universitäten haben sich zu Wort gemeldet und ganz konkret das Beschneiden der Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten und Hochschulen beklagt.

Offenbar ist der Druck auf viele Wissenschaftler an den deutschen Hochschulen und Universitäten mittlerweile so groß geworden, dass sich nun 200 von ihnen an die Öffentlichkeit trauten und mit der Gründung des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit eine Organisation gegründet haben, die sich gegen die weitere Einengung der Wissenschaftsfreiheit stellt.

In seinem Manifest stellt das Netzwerk fest – ich darf zitieren mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Wir beobachten, dass die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zunehmend unter moralischen und politischen Vorbehalt gestellt werden soll. Wir müssen vermehrt Versuche zur Kenntnis nehmen, der Freiheit von Forschung und Lehre wissenschaftsfremde Grenzen schon im Vorfeld der Schranken des geltenden Rechts zu setzen. Einzelne beanspruchen vor dem Hintergrund ihrer Weltanschauung und ihrer politischen Ziele, festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente verwerflich sind. Damit wird der Versuch unternommen, Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und politisch zu instrumentalisieren. Wer nicht mitspielt, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden. Auf diese Weise wird ein Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissenschaftliche Debatten im Keim zu erstickten.“

Wenn man das so liest und sich dann vergegenwärtigt, dass Sie sich in Ihrer Anfrage mit China beschäftigen, könnte man den Eindruck gewinnen, dass Sie von Missständen hier im Land ablenken wollen. Die Wissenschaftsfreiheit – ein hoher Wert – wird nämlich hier offenbar auch im Keim erstickt, wie die Kollegen von der Universität schreiben. Vielleicht stellen Sie einmal eine Große Anfrage dazu, wie es um die Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Universitäten bestellt ist.

(Beifall von der AfD)

Gerade die Freiheit des Denkens erfährt heutzutage wieder durch willkürliche Grenzziehung eine derartige Einengung, dass ganze Wirklichkeitsbereiche vom dialektischen Denkprozess ausgeklammert werden und an Glaubenssätzen gemessen werden.

Das sehen wir ja auch außerhalb der Universitäten, wenn über die Pandemie diskutiert wird und über die Impfung und alle diese Geschichten, wie schnell Menschen in Verruf gebracht werden, die sich einfach kritisch äußern.

Wir von der AfD-Fraktion haben bereits im November 2019 einen Antrag eingereicht, mit dem auf die Einschränkung der Meinungsfreiheit an Universitäten hingewiesen wurde und die Regierung aufgefordert wurde, alles zu tun, um die Universitätsleitungen bei der Aufrechterhaltung der Lehr- und Wissenschaftsfreiheit zu unterstützen. Der Antrag trug den Titel: „Die Geister, die ich rief...‘ Der ‚Generation Antifa‘ an den Hochschulen muss Einhalt geboten werden!“ Mit diesem Titel wurden auch gleich die Akteure benannt, die offensichtlich die Meinungsfreiheit an den Universitäten bestreiten und missliebigen Wissenschaftlern sogar mit Gewalt drohen. Es gingen bereits damals verschiedene Angriffe auf Wissenschaftler durch die Presse.

Diesen Antrag haben Sie hier mit Spott und Hohn beantwortet. Insofern frage ich mich jetzt: Was soll diese Große Anfrage dahin gehend, zu klären, dass chinesische Behörden die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland beeinflussen? – Wahrscheinlich werde ich länger als das Wochenende brauchen, um diese Frage zu beantworten.

Sie haben damals – wie es Ihre Art ist – nur abweisend, ja zum Teil höhnisch reagiert. Insofern bezweifle ich die Ernsthaftigkeit Ihres Anliegens, die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Universitäten und Hochschulen zu garantieren. Ich hoffe, dass sich das noch ändern wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich meinen Ausführungen eines unmissverständlich voranstellen: Die internationalen Beziehungen der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu Partnerinnen und Partnern in der Volksrepublik China sind seitens der nordrhein-westfälischen Hochschulen von einem besonders sensiblen und kritischen Umgang geprägt. Das geht auch aus der hier erörterten Beantwortung der

Großen Anfrage 38 durch die Landesregierung deutlich hervor.

In die Beantwortung der umfangreichen Fragestellungen waren die 41 Hochschulen in Verantwortung des Landes intensiv eingebunden. Für ihren Beitrag danke ich allen Beteiligten ausdrücklich. Ich bedanke mich natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, denn das Zusammentragen dieser vielen, vielen Daten war außerordentlich arbeitsaufwendig.

(Beifall von der CDU, der FDP, Sven Werner
Tritschler [AfD] und Dr. Martin Vincentz [AfD])

Aus den Antworten auf die Große Anfrage geht eindeutig hervor, dass die Hochschulen – daran sei hier auch noch mal erinnert – ihre gesetzliche Aufgabe, ihre Studierenden auf berufliche Tätigkeiten im In- und Ausland vorzubereiten und die regionale, europäische und internationale Zusammenarbeit insbesondere im Hochschulbereich sowie den Austausch zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen zu fördern, gewissenhaft wahrnehmen.

Eine Beschränkung allein auf Partnerinnen und Partner, deren Herkunftsländer unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen, besteht dabei nicht, und das aus guten Gründen. Die transnationale Zusammenarbeit in der Wissenschaft ist in unserer globalisierten Welt unverzichtbar. Das bestätigte jüngst übrigens auch ein Positionspapier des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Er fordert die Wissenschaft auf, bereit zu sein – ich zitiere –: auch gegenüber herausfordernden Partnern unsere eigenen Interessen einzubringen und für unsere Werte einzustehen. – Das geht eben nur in einer geordneten Kooperation.

Die vorbehaltlos gewährleistete Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre aus Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes ist dafür eine Grundvoraussetzung. Gerade die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass sie Kooperationen auch mit China in ihrer akademischen Selbstverwaltung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze verantwortungsvoll gestalten. Dies zeigt sich in den zahlreichen vielschichtigen Diskussionen, die sowohl innerhalb der Hochschulen als auch deutschlandweit gemeinsam geführt wurden.

So haben sich die Hochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz – das wurde eben auch zitiert – bereits 2020 auf folgende Grundsätze verständigt: Sie bekennen sich zu den Grund- und Menschenrechten und erklären sie neben der Freiheit von Forschung und Lehre, der Wahrheitssuche und Faktenorientierung sowie der Abwesenheit von jeglicher Form inhaltlicher Einflussnahme durch außerhochschulische Akteure zu unabdingbaren Grundprinzipien ihres Handelns. – Das ist ein klares Statement.

Ein herausragendes Beispiel für das vorbildliche Augenmaß nordrhein-westfälischer Hochschulen in internationalen Kooperationen mit China ist genau der aktuelle Fall am Konfuzius-Institut Metropole Ruhr e. V., einem An-Institut der Universität Duisburg-Essen. Dabei gebe ich auch noch mal gerne den Hinweis, dass An-Institute nach wissenschaftlichen Kriterien und wissenschaftlichen Überlegungen entwickelt und eingerichtet werden und deswegen von den Hochschulen entschieden werden müssen.

Es ist besorgniserregend, dass auf chinesischen Druck offensichtlich eine in den Konfuzius-Instituten Duisburg und Hannover geplante Vorstellung einer Biografie über den chinesischen Staatschef abgesagt wurde. Dies deutet darauf hin, dass die chinesische Seite den wissenschaftlichen Diskurs unterbinden will. Der Eindruck, dass die aus China finanzierten Konfuzius-Institute wohlwollende Bilder chinesischer Politik vermitteln sollen, verstärkt sich damit. Entsprechende Hinweise können Sie übrigens der Großen Anfrage entnehmen.

Dass die Universität die Absage nicht hinnahm, den Versuch der Einflussnahme richtigerweise scharf zurückgewiesen hat und die Veranstaltung stattdessen selbst durchgeführt hat, ist nicht nur ein wichtiges Signal in dieser Debatte, sondern auch ein erneuter Nachweis für ein verantwortungsvolles Handeln auf der Basis der Hochschulautonomie. Sie funktioniert nämlich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das begrüße ich auch als Landesregierung außerordentlich.

Die Universität hat darüber hinaus unmittelbar eine Untersuchung der Absage und der ganzen Umstände eingeleitet und dem Ministerium versichert, den Fall zu prüfen und zu bearbeiten; denn auch für rechtlich selbstständige An-Institute gilt die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Dies ist an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nicht verhandelbar. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass damit die **Beratung über die Große Anfrage 38** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgeschlossen** ist.

Ich rufe auf:

5 Digitaler Kinder- und Jugendmedienschutz mit Maß und Mitte – Kein Filterzwang auf Betriebssystemebene

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15451

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Tritschler für die AfD-Fraktion.

Sven Werner Tritschler¹⁾ (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo wir gerade bei China sind: Das Ministerium für Staatssicherheit der Volksrepublik China betreibt seit 2003 das Projekt „Goldener Schild“. Das ist international auch als die „Große Firewall von China“ bekannt. Das Internet für chinesische Bürger wird gefiltert und von Regimekritik weitestgehend befreit. Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und YouTube werden grundsätzlich und ohne Rücksicht auf die Inhalte blockiert. Blogs, die sich mit Themen befassen, die der herrschenden Kommunistischen Partei nicht passen, werden genauso geblockt wie die Online-Enzyklopädie Wikipedia.

In Deutschland und Europa haben wir so etwas zum Glück nicht. Aber man kann sich des Verdachts nicht erwehren, dass der eine oder andere auch hierzulande ein bisschen neidvoll nach Peking blickt. Deshalb haben Sie vor ein paar Jahren zum Beispiel das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, NetzDG, geschaffen und damit die sozialen Medien in Deutschland von einem freien Markt der Meinungen in ein Minenfeld verwandelt. Der Hamburger Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel betreibt auf seiner Website eine Wall of Shame, auf der er unzählige Beispiele für genauso lächerliche wie rechtswidrige Sperrungen durch die Hilfszensoren auflistet.

Die Coronapolitik hat die Schraube hier nochmals angezogen. Neuerdings ist es schon sanktionswürdig, wenn man die Heilslehren der WHO von Herrn Drosten oder von dem sogenannten Gesundheitsexperten Lauterbach nicht teilt. Ich selbst habe das auch erleben dürfen. Als ich das Impfen von Kindern kritisierte – darüber kann man ja, das haben wir heute Morgen gehört, durchaus unterschiedlicher Meinung sein – und dabei auch noch einen namhaften Mediziner als Quelle angab, wurde das mit dem Argument, es sei gesundheitsschädlich, von Facebook gesperrt und erst auf anwaltlichen Druck wieder freigegeben.

Klar ist, dass die meisten User sich in solchen Fällen keine teuren Anwälte leisten können und wollen und dann eben lieber schweigen. Solche DDR-Methoden reichen Ihnen allerdings wohl noch nicht. Die User weichen zunehmend auf neue soziale Netzwerke wie Telegram und Gettr aus. Wenn Sie sich derer irgendwann bemächtigt haben, wird es neue geben. Das freie Wort – so sehr es der eine oder andere auch verabscheuen mag – sucht sich einen Weg.

Deshalb – so hat es zumindest den Anschein – planen Sie jetzt einen neuen Zensurmechanismus: Sie wollen keine Filter an der virtuellen Landesgrenze aufstellen, wie es die Chinesen getan haben, sondern Sie wollen den Filter gleich verpflichtend auf jedem Betriebssystem installieren. So jedenfalls sieht es der Entwurf des Jugendmedienschutzstaatsvertrages vor, der derzeit anrollt.

Konkret heißt das: Nur, wer sich registriert und sein Alter nachweist, kann unbegrenzt im Internet surfen. Alle anderen können nur auf Seiten zugreifen, die eine spezielle Jugendschutzschnittstelle vorhalten, und damit wohl überwiegend gar nicht auf internationale Seiten. Was wird das konkret heißen? – Die Hersteller von Betriebssystemen werden gewaltige Datensammlungen anlegen. Letztlich wird es für Sie und damit vermutlich auch für staatliche Akteure nachvollziehbar sein, wer auf welche Seiten im Internet zugreift.

Begründet wird das, wie der Name schon sagt, mit dem Jugendschutz, der selbstverständlich grundsätzlich ein hehres Anliegen ist. Niemand will, dass die Jüngsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft mit brutaler Pornografie oder Gewaltdarstellungen konfrontiert werden.

Wie glaubwürdig ist das aber von politischen Akteuren, die unsere Kinder in den Schulen gar nicht früh genug auch mit den abseitigsten Varianten menschlicher Sexualität konfrontieren können? Wie glaubwürdig ist das von einer Politik, die Minderjährige mitten in ihrer Pubertät und gegen den Willen ihrer Eltern das Geschlecht wechseln lassen will?

Deshalb geht es hier vermutlich auch nicht wirklich um Jugendschutz, sondern um Kontrolle. Sie wollen auf jedem digitalen Endgerät eine Zensurschnittstelle schaffen, die Sie vielleicht heute und morgen noch für den Jugendschutz einsetzen, aber wer sagt uns denn, dass Sie übermorgen damit nicht einfach kritische Meinungen etwa zur Coronapolitik oder zur Klimapolitik blockieren? Nach allem, was wir in den letzten beiden Jahren erleben durften und mussten, gäbe es wahrlich Überraschenderes.

Für uns steht fest, dass es Sie, dass es die Politik nichts angeht, was die Bürger im Internet machen. Was unsere Kinder dort machen, ist Sache ihrer Eltern. Die müssen wir ertüchtigen und informieren, damit sie den Internetkonsum ihrer Kinder vernünftig begleiten können. So schützt man die Jugend und eben nicht mit Zensur. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Frau Stullich spricht nun für die CDU-Fraktion.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In ihrem Antrag widmet sich die AfD dem digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz und im Speziellen der Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags, der aktuell im Länderkreis diskutiert wird.

Im Antrag wird ein längst überholter Entwurf aus dem Frühjahr hervorgekramt. Damit wird so getan, als wollten die Länder mit zentralen Filtern bei den Betriebssystemen die Freiheit des Internets zerstören. Garniert wird das durch Zitate aus elf Jahre alten Blogs – vermutlich, weil darin das Wort „Zensur“ vorkommt, das so schön ins krude AfD-Weltbild passt.

Sie machen es also wie immer: Sie entwerfen wortreich eine Drohkulisse, um dann Ihren eigenen Antrag als Rettung in der Not anzupreisen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist in diesem Fall ganz besonders ärgerlich, denn der Jugendmedienschutz ist ein viel zu ernstes Thema, das sich für derlei Instrumentalisierung nun wahrhaftig nicht eignet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Idee hinter dem Diskussionsentwurf ist zum einen die Frage, wie Jugendschutzprogramme einfacher eingerichtet werden können. Solche Programme müssen von Eltern auf den Endgeräten ihrer Kinder installiert werden.

Hinzu kommt, dass ein wirksamer Jugendmedienschutz nur erzielt werden kann, wenn Schnittstellen für Apps geschaffen werden. Wie das Ganze aber genau aussehen soll, welche zusätzlichen Möglichkeiten zu den bereits vorhandenen Regelungen geschaffen werden können, ist derzeit noch offen. Der im Antrag zitierte Entwurf ist jedenfalls überholt.

In Deutschland kümmert sich die Kommission für Jugendmedienschutz, KJM, in der auch Mitglieder aus den Landesmedienanstalten sitzen, unter anderem um die Frage: Wie können, ja, wie müssen wir den digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz in Zukunft gestalten?

Ein Problem ist, dass sich viele profitable Pornografieplattformen aus dem Ausland mit enormer Reichweite an deutsche Zielgruppen richten. Die Videos sind völlig ohne Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche zugänglich. Nun gibt es zwar bereits 80 Altersverifikationssysteme und sieben Jugendschutzprogramme, die die KJM zertifiziert hat, aber das Mediennutzungsverhalten ändert sich ständig, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Die AfD schreibt in ihrem Antrag unter anderem, Medienpolitiker und Verantwortliche in den Landesmedienanstalten strebten weiterhin nach dem 360-Grad-Schutz. Wenn 14-Jährige auf der Startseite von Pornoplattformen wie xHamster oder Pornhub ein-

fach nur den Button „volljährig“ anklicken müssen, ist das jedenfalls null Schutz.

(Beifall von der CDU)

Deshalb begrüßen wir jeden Versuch, bestehende Systeme zum Beispiel in Smartphones weiterzuentwickeln, damit Eltern ihre Kinder einfacher etwa vor Hardcorepornografie schützen können.

Jugendmedienschutz muss sich konsequent am Mediennutzungsverhalten ausrichten. Er muss dort seine stärkste Wirkung entfalten, wo sich Kinder und Jugendliche medial bewegen, nämlich auf mobilen Endgeräten und in den sozialen Medien.

Medienschutz beginnt mit Medienkompetenz, und zwar nicht nur bei den jungen Leuten. Gerade auch Eltern und Lehrer müssen medienkompetent sein und wissen, wie sie Kinder und Jugendliche begleiten, aufklären und unterstützen können. Dafür haben wir seit 2017 viele erfolgreiche Projekte auf den Weg gebracht. Mit seinem ganzheitlichen und systematisierten Ansatz bei der Medienkompetenzförderung ist Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich Vorreiter und Vorbild.

Beim Jugendmedienschutz geht es gerade nicht um Zensur, sondern darum festzustellen, was erlaubt ist und was nicht. Es geht um die Abwägung zwischen dem Schutz der Jugend und dem Schutz der Freiheit. Bei der Novellierung des Staatsvertrags geht es auch nicht darum, auf Ebene der Betriebssysteme Inhalte eigenständig zu filtern. Die Debatte ist, wie gesagt, längst weiter, als die AfD hier vorgibt.

Also, halten Sie den Ball flach und schreiben Sie sich hinter die Ohren: Erstens. Der Grundsatz der staatsfernen Medienaufsicht hat sich bewährt. Zweitens. Kinderschutz und Jugendmedienschutz sind bei den regierungstragenden Fraktionen und insbesondere in der Staatskanzlei in allerbesten Händen. Drittens. Ihr Antrag ist hinter der Zeit, bläht unnötig auf und ist vollständig abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Stullich. – Jetzt hat für die SPD Frau Dr. Büteführ das Wort.

Dr. Nadja Büteführ (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen jetzt schon einmal ein schönes Wochenende.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD])

Die Reihen haben sich schon ein wenig gelichtet.

Der vorliegende Antrag der AfD will verhindern, dass auf Betriebssystemebene eine Altersbeschränkung zum Kinder- und Jugendmedienschutz eingeführt

wird, die potenziell durch den Staat als Zensurmittel verwendet werden kann. – Diese Sorge ist zunächst einmal verständlich. Ich möchte jetzt nicht neidvoll nach Peking gucken, oder was ich da gerade so gehört habe.

Im Gegensatz zu vielen anderen Anträgen und Anfragen der AfD-Fraktion hier im Landtag kann es sich dabei tatsächlich um eine Thematik, die von einer Reihe von Verbänden und Fachleuten kritisiert wurde, handeln. Deswegen lohnt es sich schon, da mal genauer hinzuschauen. Frau Stullich hat das gerade auch schon im Detail gemacht.

Man mag von den einzelnen Vorschlägen der Länder zur Überarbeitung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages halten, was man will. Fakt ist, dass große Teile des Internets immer noch unregulierter Raum sind, in dem quasi alles verbreitet und weitergegeben werden kann. Fakt ist auch, dass eine wie von Ihnen vorgeschlagene und nicht näher erläuterte Stärkung der Selbstregulierungsinstanzen FSK und USK nichts in Bezug auf die Situation der freien Verbreitung von jugendschädlichen Inhalten im Internet ändern wird.

Diese Instanzen sind im Bereich der auf Trägermedien beschränkten Inhalte wie CD, DVD, Blue Ray oder andere physische Medien wirksam, um den Verkauf oder den Verleih an Minderjährige zu verhindern. Sie hindern aber kein Kind daran, an das nächstbeste Endgerät zu gehen und sich dieselben jugendgefährdenden oder sogar -schädlichen Inhalte gratis von einschlägigen Webseiten zu ziehen oder dort direkt zu konsumieren, häufig ganz ohne Notwendigkeit eines Kaufes.

Die Verpflichtung zum Schutz auf die Erziehungsberechtigten zu lenken, ist ebenso wenig sinnvoll. Es gibt leider genügend Eltern, die entweder nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihre Kinder vor Inhalten, die ihrer gesunden Entwicklung potenziell schaden könnten, zu schützen. Das betrifft Familien, die sich keine teuren Programme zum Schutz leisten können, das betrifft Erziehungsberechtigte, denen die nötigen technischen Kompetenzen fehlen, und das betrifft Eltern, die durch ihre berufliche Situation gar nicht in der Lage sind, ihr Kind auf Schritt und Tritt zu kontrollieren.

Zum anderen ist in der heutigen Welt, in der ab einem gewissen Alter fast jedes Kind ein Smartphone in der Tasche hat, eine Beschränkung auf privat angeschaffte Programme oder elterliche Aufsicht quasi nutzlos. Wer mit diesen Geräten, mit denen man mindestens genauso effektiv an die Daten kommt wie mit jedem klassischen Computer, agiert, wird immer Mittel und Wege finden, um pornografische, um gewaltverherrlichende Inhalte zu speichern oder mit anderen zu teilen.

Jede gesetzliche Maßnahme, die den Zugang zu Informationen und Daten einschränkt, muss natürlich

mit äußerster Vorsicht und unter permanenter Kontrolle gegen Ausnutzung überwacht werden.

Neben den Interessenverbänden und der Wirtschaft hat sich – und das wird ja auch aus Ihrem Antrag deutlich – unter anderem das Bundesfamilienministerium für eine Identifikations- und Filterlösung ausgesprochen. Diese muss natürlich unter ausreichender Wahrung von Netzfreiheit, Datenschutz und europarechtlichen Vorgaben zustande kommen.

Nach langen Jahren der Verhandlungen und Vorschläge haben wir immer noch einen Prozess der Abwägung, der Kompromisse und des Dialogs mit der Politik, mit Fachleuten, Firmen und Anbietern vor uns.

Ziel muss es sein, eine niedrighschwellige Möglichkeit zum Kinder- und Jugendschutz im frei zugänglichen Internet zu schaffen. Es muss gewährleistet sein, dass die Inhalte für Erwachsene weiterhin erreichbar bleiben, solange sie natürlich legal sind. So wie sich jeder Bürger auf der Straße ausweisen können muss, so kann man das aber, so meinen wir, auch im Internet verlangen. Vielerorts wird das bereits so gemacht.

Auf anderen Plattformen, wie beispielsweise Konsolen, wird bei jedem Kauf, ganz gleich ob jugendfreier Inhalt oder nicht, ein Abgleich mit dem Personalausweis des Käufers verlangt. Ebenso kann zum Schutz der Schutzbedürftigen unserer Gesellschaft von erwachsenen Bürgern, so meinen wir, verlangt werden, dass sie sich – vermutlich einmalig – als Volljähriger ausweisen, bevor sie die komplette Bandbreite des Internetangebotes auf ihrem Endgerät nutzen können.

Fazit ist: Der vorliegende Antrag und die geforderten Handlungen und Bekenntnisse sind in unseren Augen nicht zielführend, sondern überflüssig. Der Antrag wird von uns abgelehnt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Dr. Bütteführ. – Nun spricht Herr Hafke für die FDP-Fraktion.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Internet ist unverzichtbarer Bestandteil des Lebens von Kindern und Jugendlichen. Diese fangen immer früher an, über eigene Endgeräte das Informations- und Unterhaltungsangebot zu nutzen und über das Netz ihre sozialen Kontakte zu Freundinnen und Freunden zu pflegen. Dies geht einher mit Gefahren und Risiken wie Cybermobbing, Hate Speech, Cybergrooming, Anbahnung von sexuellem Missbrauch, Sexting oder dem öffentlichen Teilen intimer und privater Fotos gegen den Willen der betroffenen

Person, pornografischen Darstellungen sowie Gewaltdarstellungen und Desinformationen.

Das sind nur einige der Gefahren und Risiken, denen Kinder und Jugendliche beim Surfen begegnen können. Im Zusammenhang dieser Interaktionsrisiken ist besonders auf die Peer-to-Peer-Täterschaft hinzuweisen, die eine große Herausforderung darstellt.

Klar ist: Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt sind wichtige Anliegen, die in den Bereichen und im Zusammenspiel von staatlicher Verantwortung, der Verantwortung vonseiten der Anbieter, der Verantwortung von Lehr- und pädagogischen Fachkräften, der Selbstverantwortung von Kindern und Jugendlichen und vor allem der elterlichen Verantwortung zu klären sind.

Mit Blick auf den vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion zur Sache ist festzustellen, dass dieser keinen Beitrag dazu leistet, den digitalen Kinder- und Jugendschutz zielführend und zielgerichtet aufzustellen. Es ist einer sachlichen Debatte zu diesem wichtigen Thema nicht zuträglich, wenn Sie Vorschläge in den Zusammenhang mit diktatorischen Regimen, mit flächendeckender Zensur stellen. Sicher ist: Mit Polemik schützen wir Kinder und Jugendliche nicht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Der Antrag ist zudem in sich widersprüchlich. Sie sagen, es gebe eine Vielzahl vorhandener, funktionierender und etablierter Instrumente zum freiwilligen Jugendschutz, um dann die Landesregierung aufzufordern, ein gut funktionierendes System der regulierten Selbstregulierung zu etablieren. Hier gilt es, sich einmal klar zu werden, was man denn möchte oder auch eben nicht.

Vor allem aber beleuchtet der Antrag der AfD ausschließlich die technischen Instrumente zum Kinder- und Jugendschutz. Insbesondere Filtersysteme werden herausgestellt, ohne Akteure wie Eltern und Lehrkräfte sowie ihre Rolle im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendmedienschutz und der Vermittlung von Medienkompetenzen auch nur zu erwähnen. Digitaler Kinder- und Jugendschutz wird hier nicht umfänglich gedacht und verkürzt andiskutiert.

Die NRW-Koalition hat anknüpfend an die Arbeit der Kinderschutzkommission im Antrag „Kinder und Jugendliche gegen die Gefahren im Internet sensibilisieren und stark machen“ unseren Ansatz im digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz dargelegt.

Studienergebnisse belegen einen großen Aufklärungsbedarf über Risiken und Gefahren für Kinder und Jugendliche im Internet – sowohl bei den Betroffenen als auch bei Eltern und Lehrpersonal. Diese Akteure benötigen das nötige Rüstzeug, um mit Risiken und Gefahren in der digitalen Welt umgehen zu können. Wir setzen daher auf die Stärkung der Kompetenzen von Eltern, Lehrkräften, Akteuren der

Kinder- und Jugendhilfe sowie der Medienlandschaft und der Medienpädagogik, um einen sicheren Umgang mit bestehenden technischen Lösungen, aber vor allem das eigenverantwortliche Handeln im digitalen Raum zu stärken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Den Schulen kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zu. Hierzu ist es zum Beispiel sinnvoll, mit einem Themen- oder Projekttag zum Kinder- und Jugendschutz im Internet an allen NRW-Grundschulen und weiterführenden Schulen Aufklärung über das Erkennen von und den Umgang mit Gefahren im Internet zu leisten.

Auch der Ausbau des Projekts „Medienscouts NRW“ mit seinem Peer-to-Peer-Ansatz ist ein sinnvoller Schritt zu mehr Schutz.

Wir nehmen die Fachkräfte und die Eltern ebenso in den Blick. Die Kooperation mit der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen wollen wir verstetigen und ausbauen und für das Thema „Kinder- und Jugendschutz im Internet“ sensibilisieren.

Mit der Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter FSM e. V. besteht darüber hinaus ein gemeinnütziger Verein, der sich mit Jugendmedienschutz in Onlinemedien befasst.

Die NRW-Koalition leistet ihren Beitrag zum digitalen Kinder- und Jugendschutz, der sich nicht nur auf das technische Instrument beschränkt, sondern vor allem Nutzerinnen und Nutzer für den Umgang mit den Chancen und Risiken des digitalen Raums befähigt. Wir stimmen daher dem vorliegenden Antrag nicht zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Hafke. – Nun spricht Herr Bolte-Richter für Bündnis 90/Die Grünen.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann mich inhaltlich an sehr vielen Stellen insbesondere auch Herrn Hafke anschließen.

Ich kann aber auch als jemand, der 2010 beim 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der im Antrag durchaus zu Recht kritisiert wird, dabei war, in der Rückschau ein Stück weit zur Gelassenheit aufrufen.

Der Vertrag ist in der damaligen Fassung abgelehnt worden. Gehen Sie einmal davon aus, dass es elf Jahre später erst recht nicht zu einer flächendeckenden Filterinfrastruktur kommen wird, weil die Debatte inzwischen viel weiter ist und wir heute nicht mehr über die in der frühen Phase der Netzpolitik bestrit-

tenen Fehlentwicklungen – ich denke an Stoppschilder und Sendezeiten im Internet – sprechen.

Heute sprechen wir über ganz andere Fragen. Wir sprechen über freiwillige und nutzerautonome Systeme, die es heute im Unterschied zu früheren Jahren auch gibt. Wir haben sie; wir haben sie KJM-zertifiziert; sie sind da, und sie funktionieren. Das heißt, die Panik, die die AfD hier schüren will, ist aus unserer Sicht nicht angebracht.

Wir brauchen natürlich – und über den Weg dahin gibt es durchaus kontroverse Debatten – einen effektiven Kinder- und Jugendmedienschutz, der wirkt, der Kinder und Jugendliche schützt, der aber auch die Freiheit des Internets schützt und der die Freiheit und die Chancen der digitalen Medien in den Mittelpunkt stellt.

Dafür ist es unabdingbar, dass es weiterhin eine starke Förderung der Medienkompetenz gibt. Die Vorgängerregierung hat dazu sehr viel gemacht; ich habe auch kein Problem damit anzuerkennen, dass auch diese Regierung in diesem Bereich sehr viel macht. Und wir müssen alle Beteiligten in den Blick nehmen. Das haben wir heute auch in mehreren Redebeiträgen gehört. Das heißt, wir müssen mit den Kindern und Jugendlichen selbst ins Gespräch kommen, ihre Fähigkeiten und ihre Kompetenzen stärken und auch ein Stück weit nutzen. Wir müssen mit Lehrerinnen und Lehrern sprechen. Wir müssen mit Eltern sprechen.

Alle beteiligten Institutionen gehören dabei an einen Tisch. Dann kommen wir, glaube ich, zu einer Regelung, die zukunftsfähig ist und die funktionieren kann.

Denn das ist besser als das, was der AfD zumindest laut dem Redebeitrag von Herrn Abgeordneten Tritschler hier vorschwebt. Denn Sie wollen eigentlich keine Regelung, Sie wollen keine Schutzmechanismen, denn es geht Ihnen allen voran darum, Ihre Propaganda, Ihre Hetze möglichst uneingeschränkt zu verbreiten. Da geht es eben nicht um Freiheit, sondern um Ihren Hass, und den weisen wir zurück.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Dank schön, Herr Bolte-Richter. – Nun spricht Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen in Vertretung des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst für die Landesregierung.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag widmet sich die Fraktion der AfD dem digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz.

Dazu ist zu bemerken – das ist, glaube ich, bekannt; es wurde gerade auch noch einmal gesagt –, dass

der Jugendmedienschutz für die Landesregierung ein wichtiges Thema ist.

Aus den vielen Initiativen möchte ich nur beispielhaft den Tag der Medienkompetenz nennen, der gemeinsam von der Landesregierung und dem Landtag Nordrhein-Westfalen veranstaltet wird.

Ja, wir stehen vor großen Herausforderungen im Hinblick auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen im medialen Raum. Denn das Internet bietet Kindern und Jugendlichen eben auch vielfältige Möglichkeiten der Unterhaltung, der kreativen Entfaltung und der Bildung. Die Nutzung webbasierter Medienangebote hat sich insbesondere im Zuge der Coronapandemie noch einmal beschleunigt. Daher ist es wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen sich kompetent und sicher in diesem Raum bewegen können.

Hierzu ist Verantwortung gefragt – Verantwortung der Erziehungsberechtigten, aber auch Verantwortung der Anbieter von Medieninhalten und derer, die daran mitwirken, dass sie genutzt werden können. Eine unbeschwerter und altersgerechter Nutzung des Internets von Kindern und Jugendlichen wird nur durch ein Zusammenwirken aller Beteiligten erreichbar sein.

Genau darum geht es, wenn wir im Länderkreis über die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages diskutieren. Das, was es schon an funktionierenden Lösungen gibt, soll zusammengeführt, ergänzt und sichtbarer gemacht werden.

Wenn die AfD in ihrem Antrag insbesondere Zitate und Diskussionen aus dem Jahr 2010 vorbringt, also aus einer Zeit, als ein gänzlich anderer Ansatz im Rahmen des damaligen 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrages diskutiert wurde, ist dies wenig zielführend.

2010 war es auch noch nicht der Normalfall, dass Kinder und Jugendliche sich insbesondere über mobile Endgeräte, über ihre Handys und Tablets, über Apps und soziale Netzwerke im Internet bewegen. In 2021 tun sie dies, und darauf wollen wir reagieren.

Bei der Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages darf und soll es also nicht darum gehen, Funktionierendes zu stören oder abzubauen – dies auch vor dem Hintergrund, dass das Thema „Kinder- und Jugendmedienschutz“ präsenter geworden ist. Viele Anbieter haben bereits von der Kommission für Jugendmedienschutz positiv bewertete proprietäre Systeme entwickelt.

Es geht auch nicht darum, zentrale Filter etwa aufseiten der Anbieter von Betriebssystemen einzuführen. Vielmehr soll ausgelotet werden, wo zusätzliche Hilfsmittel vorgesehen werden können, um Erziehungsberechtigten den Schutz ihrer Kinder zu erleichtern.

Im kontinuierlichen Austausch mit der gesamten Branche und Regulierungsstellen werden hierzu entsprechende Regelungsvorschläge entwickelt.

Der von der AfD in Bezug genommene Diskussionsentwurf aus dem Frühjahr 2020 mit ersten Ideen ist längst überholt und fortgeschrieben.

(Beifall von Thorsten Schick [CDU])

Um es kurz zu machen: Die Landesregierung befindet sich bereits mit den Ländern in einem intensiven Austausch zu einer Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages und wird sich in diesen Prozess weiter einbringen. Der von der AfD eingebrachte Antrag ist daher insgesamt nicht erforderlich und aus Sicht der Landesregierung auch vollständig abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen jetzt also über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/15451 ab. Wer stimmt ihm zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehen wir nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15451** mit breiter Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Damit sind wir auch am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt.

Ich darf Ihnen allen einen schönen Resttag und ein schönes Wochenende wünschen. Bleiben Sie gesund, und kommen Sie mindestens so gesund und fröhlich wieder, wie Sie heute hierhergekommen sind.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:34 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.